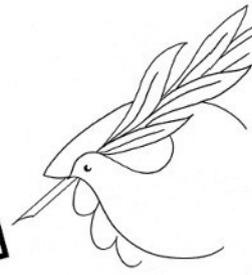


FRIEDENS JOURNAL



Doppelmoral, Kriegshysterie und Repression in Deutschland



- Bleiernes Deutschland: Politische Illusionen als Hauptproblem
- „Innere Zeitenwende“ – AfD-Politik durch das liberale Establishment
- Wissenschaft im Weltkriegsformat
- Wir sind das Schlachtfeld für die „kognitive Kriegsführung“ der Nato
- Deutsche Staatsraison: Instrumentalisierung von Antisemitismus



Herausgeber:
Bundesausschuss
Friedensratschlag

Juli – Aug. 2024/Nr. 4

Doppelmoral, Kriegshysterie und Repression in Deutschland

Inhalt

Bleiernes Deutschland: Politische Illusionen als Hauptproblem	3
„Innere Zeitenwende“ - AfD-Politik durch das liberale Establishment	6
Wissenschaft im Weltkriegsformat	8
Zivile Infrastruktur: Damit die Panzer rollen	9
Wir sind das Schlachtfeld für die „kognitive Kriegsführung“ der Nato	10
Weltpolitische Fakten gegen Fake News	12
Das grüne Gestotter zu Assange	13
Kommentare aus Palästina-Journal	14
Instrumentalisierung von Antisemitismus	16
Rechtsentwicklung und „Kampf gegen rechts“	18
Buchbesprechung	19
Militarisierung oder Sozialstaat	20

Alle Fußnoten in den Beiträgen, sowie Autoren- und Quellenverweise finden sich in der Web-Fassung dieser Ausgabe unter <https://frieden-und-zukunft.de/fj-archiv/>

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 1.7.2024

Impressum

Das Friedensjournal erscheint 6-mal jährlich und ist zum Spendenbeitrag von mindestens 15 EUR über die Redaktionsanschrift zu beziehen.

Herausgeber:

Bundesausschuss Friedensratschlag
Germaniastraße 14, 34119 Kassel
www.friedensratschlag.de

Redaktion:

Annette Groth, Joachim Guilliard, Lühr Henken,
Werner Ruf, Ewald Ziegler,
V.i.S.d.P.: Karl-Heinz Peil

Redaktionsanschrift:

Friedens- und Zukunftswerkstatt e. V.
c/o Gewerkschaftshaus Frankfurt,
Wilhelm-Leuschner-Straße 69 - 77,
60329 Frankfurt am Main
e-Mail: info@frieden-und-zukunft.de

Kontoverbindung:

Friedens- und Zukunftswerkstatt e. V.
Frankfurter Sparkasse, BIC: HELADEF1822
IBAN: DE20 5005 0201 0200 0813 90

Internetausgabe:

auf www.frieden-und-zukunft.de
mit digitalem Archiv ab 2010.

ISSN 2193-9233d

Aktuelle Infos auf unser Homepage unter www.friedensratschlag.de mit den Rubriken: *Berichte und Analysen* – *Standpunkte in der Friedensbewegung* und *Medienkritik*.

Liebe Leserinnen und Leser,

hinter uns liegt ein Wahlkampf, dessen Niveau angesichts der Wahlplakate, von denen wir in dieser Ausgabe einige Beispiele zeigen, nur als erschütternd bezeichnet werden kann. Da ist es noch vergleichsweise harmlos, wenn mit typischen Slogans wie „Es geht um Europa“ der flächenmäßig größte Teil im Osten quasi als Fremdkörper als nicht zugehörig abgetan wird. Dass die Frankfurter Rundschau am Tag nach der EU-Wahl auf der Titelseite titelte: „Wahl erschüttert Europa“, zeigt, welche Illusionen über den Zustand unseres Landes (und der EU) in den Leitmedien bereits verinnerlicht sind.

Der Beitrag von David Goeßmann gibt einen Überblick zum Zustand der deutschen Verhältnisse und wie weit Wunschdenken und Realität auseinander klaffen. Illusionen von einem Ukraine-Sieg und das Chaos im Umgang mit dem Gazakrieg sind ein wesentlicher Teil dessen.

Insbesondere gilt das auch für die Feindbildprojektion AfD. Deren Abschneiden bei der EU-Wahl – ebenso wie auch in anderen EU-Ländern mit vergleichbaren rechtspopulistischen und rechtsextremen Parteien – konnte eigentlich nicht wirklich überraschen. Zumindest dann nicht, wenn man die Analyse von Ingar Solty in dieser Ausgabe liest, die von ihm bereits vor der EU-Wahl verfasst wurde.

Die von ihm beschriebene „*Innere Zeitenwende*“ wird in weiteren Beiträgen vertieft. Sie betrifft die Repression an Hochschulen („*Wissenschaft im Kriegsformat*“), den Ausbau der zivilen Infrastruktur nach militärischen Prioritäten („*Damit die Panzer rollen*“). Die von Norbert Häring beschriebene „*kognitive Kriegsführung*“ mit ihren institutionellen Strukturen und Methoden sorgt für massive Repression.

Damit wird auch deutlich: Die Schwäche der Friedensbewegung beruht auf der von der Gegenseite systematisch betriebenen Spaltung. Ein wesentlich stärkeres Bild würde sich ergeben, wenn die immer noch parallel laufenden Aktivitäten von „neuer“ und „alter“ Friedensbewegung gebündelt

würden, statt immer noch latente oder offene Abgrenzungsdebatten zu führen. Die zurückliegenden Aktionen der Kampagne „Stopp Air Base Ramstein“ haben gezeigt, dass dies möglich ist.

Dabei ist vor allem zu berücksichtigen, dass sich die neuen Friedensbewegten als Reaktion auf die bundesdeutschen Coronamaßnahmen politisiert haben und sich als Demokratiebewegung verstehen. Angesichts der aktuellen innenpolitischen Entwicklungen müssen Demokratie- und Friedensbewegung zusammen gesehen werden und auch in ihren Aktionen zusammenfinden. Jahrelange quälende Abgrenzungsdebatten gegenüber vermeintlich „rechtsoffenen“ Positionen müssen daher in ihrer repressiven Funktion gesehen werden.

Dass zum argumentativen Kern der Friedensbewegung die Ablehnung der Militarisierung gehört, wie er von der AfD programmatisch betrieben wird, kann schließlich nicht über deren opportunistisches Agieren gegen die große Anti-Russland-Koalition im Bundestag hinweg täuschen.

Die deshalb notwendige Distanz zur AfD darf deshalb nicht davon ablenken, dass die Friedensbewegung sich mit ihren Forderungen gegen die „rechtsoffene“ Kriegspolitik der Bundesregierung richten muss.

Doppelmoral, Kriegshysterie und Repression sind Konsequenzen aus globalen Entwicklungen, die ganz anders verlaufen, als es sich die Verfechter der „westlichen Werte“ vorstellen. Die imperiale Hegemonie des Westens ist Geschichte und die einzige Option, diese Entwicklung zu stoppen, scheint die Eskalation zum globalen Weltkrieg zu sein – mit der nuklearen Vernichtung der gesamten Menschheit.

Um die Kriegstreiber in unserem Land zu stoppen, braucht es deshalb viele lokale und regionale Aktionen. Ebenso brauchen wir eine mächtige bundesweite Demonstration in Berlin am 3. Oktober – in Verbindung mit den dann anstehenden Haushaltsberatungen im Bundestag. Denn die zentrale Frage zum nächsten Bundeshaushalt lautet: Militarisierung oder Sozialstaat?

Karl-Heinz Peil

Bleierne Deutschland: Politische Illusionen als Hauptproblem

von David Goeßmann

Was treibt die Bundesrepublik an? Wo stehen wir heute? Wohin bewegen wir uns? Ein Realitätscheck, 30 Jahre nach dem Fall des Eisernen Vorhangs.

Deutschland galt lange als industrielles und politisches "Powerhouse" in Europa. Man feierte sich dafür, nach dem Nazi-Regime die Demokratie im Land neu erfunden und eine dynamische soziale Marktwirtschaft erschaffen zu haben. Man präsentierte sich zugleich als moderater Akteur auf der Weltbühne, der global für Werte eintritt und Diplomatie den Vorrang gibt.

Die unheilvolle Wendung

"Wohlstand für alle" und "Werte für alle" galten dem wiedervereinigten Deutschland als Leitprinzipien. Sicherlich waren sie niemals wirklich Realität. Weder in der DDR noch in der alten BRD, gegen die aufstrebende Generationen in den 1960er- und 1970er-Jahren bzw. Ende der 1980er-Jahre rebellierten und damit Deutschland zivilisierten.

Ungleichheit und Armut, Ausgrenzung von Minderheiten, Diffamierungen von Kritiker:innen und die Unterstützung von militärischer Gewalt hat es wie in anderen Staaten der Welt in Deutschland also immer gegeben, trotz aller Verbesserungen und positiven Entwicklungen, die von unten erkämpft wurden.

Doch in den letzten zwei, drei Jahrzehnten hat sich die deutsche Politik in eine unheilvolle Richtung gewendet. Damit einher ging ein schleichernder gesellschaftlicher Erosionsprozess, während selbst der Anspruch auf sozialen Ausgleich, demokratische Stärkung der Öffentlichkeit und die Förderung einer globalen Friedens- und Wohlstandspolitik mehr und mehr hinter bloßer Rhetorik verschwand. Statt Fortschritt gab es Rückschritte.

Der Mythos vom Jobmotor durch Sozialabbau

Um die Abkehr von allgemeinem Wohlstand und Werten zu kaschieren, wurden dabei Illusionen erzeugt darüber, was die Politik tatsächlich antreibt. Sozialabbau und Austerität, also Sparpolitik (natürlich nicht für die Konzerne)

und Reichen), versteckte man zum Beispiel hinter wohlklingende Labels wie "Agenda 2010" oder "Reform".

Damit wurden jedoch nicht, wie versprochen, Millionen Jobs geschaffen und Deutschland wirtschaftlich nach vorn gebracht. Dass die deutsche Wirtschaft einigermaßen über Wasser gehalten werden konnte, lag nicht an Sozialabbau, Lohndruck und "Liberalisierungen". Es war am Ende die wieder anziehende Weltkonjunktur und die anwachsende deutsche Exportmaschine, die Deutschland, wenn auch moderat, wachsen ließen.

Mit den "Reformen" wurde aber durchaus etwas erzielt: Die soziale und ökonomische Ungleichheit im Land verschärfte sich. Es wurde der größte Niedriglohnsektor in Europa erschaffen, die Inlandsnachfrage gedämpft (und eine gefährliche Abhängigkeit von ausländischen Märkten geschaffen) und die Armut ausgeweitet. Die Einkommensschere ging auseinander.

Die Gewinner

Es gab auch Profiteure. Die Unternehmen, Investoren und Wohlhabenden im Land frohlockten. Heute sind in Deutschland die Vermögen so ungleich verteilt wie in fast keinem anderen Land in Europa. Über zwei Billionen Euro verfügt heute das reichste Hundertstel, das obere ein Prozent, nach offiziellen Statistiken.

Doch wahrscheinlich sind es viel mehr. Nach Angaben des Instituts für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) sind es tatsächlich wohl dreieinhalbmal so viel. Reichtum lässt sich eben in Deutschland schwer erfassen – warum wohl?

Eigentlich sollten die Alarmglocken anheben, wenn die reichsten vier Familien Deutschlands ähnlich viel Vermögen wie die untere Einkommenshälfte besitzt. So entsprechen die 200 Milliarden Euro der unteren Hälfte ungefähr dem Vermögen der Familien Böhringer (70 Milliarden Euro), Schwarz (45 Milliarden), der Geschwister Quandt (50 Milliarden) und von Heister & Albrecht (33 Milliarden). Das

höhlt die Demokratie aus und macht sie zur Farce. Denn Geld bedeutet natürlich auch Macht und Einfluss.

Heftpflaster für zerbröselnde Infrastruktur

Viele Bereiche, auf die sich die Menschen im Land verlassen müssen, um in Sicherheit zu leben, wurden kommerzialisiert und "effektiv" gemacht. Der Zustand der Deutschen Bahn, des Gesundheitssystems, der Rente, der Landwirtschaft, der Immobilienmärkte und der Bildungssysteme zeigt, wohin das geführt hat.

Doch Politik und Medien halten weiter den Mythos aufrecht, als ob im Prinzip alles okay ist, nur hier und da ein Heftpflaster aufgeklebt werden muss. Ein wenig mehr Bürgergeld, ein Euro mehr Mindestlohn, der ohnehin oft unterlaufen wird von Unternehmen.

Wer jedoch an die extremen Gehälter und Vermögen, an die Kapitalerträge von Investoren und Unternehmen, ran will (gerne geparkt in Steuersümpfen), wird entweder mit Ignoranz gestraft (siehe Linken-Forderungen im Bundestag) oder mit ökonomischen Untergangsszenarien überschüttet.

Wenn Steuerfahnder das Handtuch schmeißen

Die Oberstaatsanwältin Anne Brorhülker, Deutschlands wichtigste Cum-Ex-Ermittlerin – dem größten deutschen Steuerskandal mit 1.700 Beschuldigten und verbrannten zwölf Milliarden Euro an Steuergeldern –, hat vor Kurzem ihre Kündigung eingereicht und ist jetzt bei der NGO "Finanzwende".

Letztlich sei niemand von den Verantwortlichen interessiert, die Wirtschaftskriminalität der Mächtigen zu verfolgen und zu bestrafen, erklärt die nüchterne Ex-Oberstaatsanwältin. *"Die Kleinen hängt man, die Großen lässt man laufen"*, sagt sie. Die "Nachfolgemodelle" des Steuerdiebstahls seien bereits aktiv, da es keine staatliche Kontrolle gebe.

Die Legende vom Klimavorreiter

Nehmen wir ein weiteres Politikfeld, in dem Illusionen den Blick verstellen auf das, was getan werden müsste. Lange galt Deutschland als Klimavorreiter und Klimamusterland. Das hat nie gestimmt.

Das Land hat immer auf viel zu großem CO₂-Fuß gelebt, ist einer der historisch größten Verschmutzer und hat ab 1990 durch den sogenannten "Wall-Fall-Profit" im Zuge der Wiedervereinigung viele Emissionen automatisch eingespart, da die Energiewirtschaft und Industrie in den neuen Bundesländern zusammenbrach und erneuert wurde.

Später kam es zu Minderungen aufgrund der Finanz- und Wirtschaftskrise, der Coronakrise und der Energie- und Inflationskrise. Ein großer Teil der Reduktionen bei den Treibhausgasen in Deutschland geht also auf das Konto von externen Effekten, nicht auf aktiven Klimaschutz.

Kürzlich teilte der Expertenrat für Klimafragen in einem Gutachten nun mit, dass Deutschland selbst seine selbst gesteckten Ziel verfehlen wird. Sowohl für das Jahr 2030, als auch für die Klimaneutralität bis 2045. Man werde nicht einmal die Dekarbonisierung, also null Treibhausgase, bis 2050 schaffen.

Doch die Lage ist tatsächlich noch schlimmer. Denn die offiziellen "ambitionierten" Ziele Deutschlands sind viel zu schwach und nicht vereinbar mit dem 1,5- bis Zwei-Grad-Ziel, das im Pariser Klimavertrag von allen Vertragsstaaten, inklusive Deutschland, als Verpflichtung eingegangen wurde.

Niemand hat die Absicht, nachzurechnen

Denn seit 1990 sind die globalen Treibhausgase kontinuierlich weiter angestiegen. Das verbleibende CO₂-Budget für eine Erderhitzung, die das Risiko von Kipppunkten im Erdsystem noch in Schach halten könnte, ist daher extrem geschrumpft. Über zwei Grad sollte die Temperaturerhöhung auf keinen Fall laut klimawissenschaftlichem Konsens ansteigen, manche halten zwei Grad schon für zu gefährlich.

Das Budget für diese Obergrenze beträgt jedoch heute weniger als 750 Milliarden Tonnen Kohlendioxid weltweit. Aber wir verbrauchen pro Jahr fast 40 Milliarden, also die CO₂-Sanduhr rieselt schnell.

Bei einer einigermaßen fairen Aufteilung dieses Budgets verbleiben für die wohlhabenderen Industriestaaten nicht mehr viele Emissionen. Sie müssten um 2030 bis 2035 auf null kommen, wie Klimawissenschaftler betonen, nicht erst um die Jahrhundertwende.

Willkommen in der Emissionsrealität

Dazu müssten die Entwicklungsländer – die noch steigenden Energie- und Strombedarf haben und nicht die Mittel besitzen, um den technologischen Wechsel schnell auf erneuerbare Energiesysteme selbst zu stemmen – bis zu zwei Billionen Dollar pro Jahr an Finanzmitteln für die Energiewende von den reichen Ländern erhalten, den Hauptverursachern der Klimakrise.

Doch trotz der extremen Emissionsrealität und dem Kurs der Bundesregierung, ein viel größeres CO₂-Budget weiter für sich zu beanspruchen (tatsächlich rund das Doppelte vom Maximalen) und nicht annähernd die nötigen Finanzmittel für die Klimafinanzierung im Globalen Süden bereitzustellen, und trotz des extrem verkürzten Zeitfensters fürs Umsteuern, erklärt Bundeskanzler Olaf Scholz auf eine Frage zum aktuellen Klimahungerstreik und der Forderung, die wissenschaftliche Realität anzuerkennen, dass Deutschland weiter das Ziel im Blick habe, die Erderwärmung bei 1,5 Grad zu stoppen.

Jeder weiß, dass die Obergrenze von 1,5 Grad plus nicht mehr zu halten ist, wenn es nicht eine unmittelbare 180-Grad-Wende in der Politik vor allem in den Industriestaaten gibt. Auch das lässt sich leicht erkennen: Wir sind bei rund 1,1 Grad Erderhitzung angelangt. Das CO₂-Budget für 1,5 Grad liegt heute bei unter 350 Milliarden Tonnen Kohlendioxid weltweit, die noch emittiert werden dürften.

1,5-Grad-Obergrenze 2030 erreicht

Nach den freiwilligen und unverbindlichen Klimazielen, die die Staaten auf den Klimakonferenzen festgelegt haben, ist dieses Budget aber bereits 2030 fast aufgebraucht – vorausgesetzt, alle halten ihre "ehrgeizigen"

Reduktionsziele ein. Sonst wird es noch schlimmer.

Wenn die Bundesregierung also immer wiederholt, man halte am Pariser Vertrag und am 1,5-Grad-Ziel fest, dann lebt sie in einer Illusionswelt, nach dem Motto "Olaf in Wonderland" – und mit ihr die Medien, die das unkommentiert ans Publikum übermitteln, ohne die Zusammenhänge zu liefern.

Krieg als Antwort auf Konflikte

Auch außenpolitisch fährt der deutsche Zug in die falsche Richtung, nämlich in Richtung "militärische Lösungen" als Antwort auf Konflikte im 21. Jahrhundert. Nach dem Fall der Mauer hätte man die Friedensdividende einsammeln und gemeinsam mit den anderen europäischen Staaten einen unabhängigen Weg einschlagen können. Unabhängig von den USA.

Doch letztlich brachte man den Mut nicht auf, sich vom toxischen Sicherheitskonzept Washingtons zu verabschieden ("Sicherheit" als Codewort für Dominanz und Ausweitung der Einflusssphären), an dessen Seite man sich weiter stellte. Die Folge waren Militäroperationen der Nato in Jugoslawien, Kriege in Afghanistan, Irak, Libyen und Anti-Terror-Einsätze von US-Spezialeinheiten überall auf der Welt.

Nach Angaben der Brown University wurden 4,5 Millionen Menschen im Zuge der sogenannten "Antiterrorkriege" getötet, die zugleich immer mehr Terror züchteten. All das hat die Welt nicht sicherer, sondern unsicherer gemacht.

Die westlichen Aggressionsakte wurden dabei mit hehren Werten gegenüber der eigenen Bevölkerung und der Welt gerechtfertigt. Man wolle Menschen schützen, Stabilität herstellen und Demokratie aufbauen.

Die Illusion vom Ukraine-Sieg

Statt Konflikte zu deeskalieren, setzte man immer wieder auf Konfrontation. In der Ukraine führt der Westen, angetrieben von den USA, seit dem Sturz der Janukowitsch-Regierung und Maidan-Proteste 2014 de facto einen Stellvertreter-Krieg mit Russland. Diplomatische Lösungen wären machbar gewesen (vor allem,

wenn die USA erklärt hätten, die Sicherheitsbedürfnisse Moskaus zu berücksichtigen und die Ukraine nicht in die Nato aufzunehmen).

Nun droht das Ganze nach dem russischen Einmarsch in die Ukraine im Februar 2022 in einem weiteren Fiasko zu enden. Die Ukraine ist trotz massiver Unterstützung durch den Westen weit entfernt zu siegen, im Gegenteil.

Trotz der düsteren Aussichten auf dem Schlachtfeld, der Zerstörung der Ukraine, der Tötung von vielen Tausenden Ukrainern, werden in Europa und USA unbeirrt Durchhalteparolen und Siegesstimmung verbreitet. An die Stelle von Realpolitik ist längst Illusionspolitik getreten.

Das Gaza-Chaos

Und dann ist da der Nahe Osten mit seinen weiter enormen Ressourcen. Der Gaza-Krieg, der fünfte bereits, und die anhaltende eherne Unterstützung Israels durch die USA und Deutschlands sowie, wenn auch zunehmend mürrischer, der europäischen Länder, bei dem, was der Internationale Gerichtshof als "plausiblen Völkermord" bezeichnet – fast täglich kommen neue Details von Grausamkeit ans Licht (zuletzt Massengräber und Anzeichen von Folter) –, stürzt die Region zunehmend ins Chaos.

Während in der Ukraine ein fataler direkter Krieg zwischen der Nato und Russland droht, inklusive atomare Bedrohung und der Aussicht auf einen dritten Weltkrieg, könnte der Nahe Osten durch die Eskalation der Netanjahu-Regierung in Brand gesetzt werden. Die militärischen Schlagabtausche zwischen Israel und dem Iran, die Huthi-Angriffe im Jemen, die wechselseitigen Angriffe an der Grenze zum Libanon mit der Hisbollah sind ein ständiges Spiel mit dem Feuer.

Deutschland, Europa, der Westen, haben in dieser Eskalation nichts zu gewinnen, nur zu verlieren. Die Weltgemeinschaft haben sie längst dabei verloren. Der Globale Süden wendet sich von ihnen ab.

Die militärische Zeitenwende

Dieses ständige Setzen auf "militärische Lösungen" hat auch Spuren im In-

neren hinterlassen. Die Militärbudgets wachsen, nukleare Abschreckung ist en vogue und Waffenexporte gelten als Zeichen von globalem Verantwortungsbewusstsein.

Marie-Agnes Strack-Zimmermann (FDP) und Anton Hofreiter (Grüne) sind als lautstarke Vorreiter dieser neuen kämpferischen Haltung zu politischen Galionsfiguren in Deutschland aufgestiegen – massenmedial verstärkt –, in der es nur noch um Waffen und Siege auf dem Schlachtfeld geht. Dass der Bundesliga-Fußballverein Borussia Dortmund als Sponsor nun den Rüstungskonzern Rheinmetall an Land zog, und das irgendwie als okay abgehakt wird, zeigt, wie weit fortgeschritten die Normalisierung des Militärischen ist.



Grafik: Die Partei (Farbe des Panzers: schwarz-gelb)

Eine sachliche Debatte über Alternativen, zivile Konfliktlösung und Kritik am Vorgehen Deutschlands unter Führung der USA wird zugleich im Keim erstickt. Dabei werden Kontexte und die Entstehungsgeschichte von Konflikten wie die Nato-Osterweiterung oder das Besatzungs- und Apartheid-Regime Israels – das einen Palästinenserstaat seit Jahrzehnten mithilfe der USA und europäischer Ignoranz ablehnen kann, obwohl es ein gravierender Völkerrechtsverstoß ist – ausgeblendet oder für irrelevant erklärt.

Die ausgehebelte Demokratie

Wer die Zusammenhänge anspricht und sich für Diplomatie einsetzt, gilt als "Putin-Versteher". Beim Gaza-Krieg ist sogar ein autoritärer Rückschlag gegen Protest und Einsprüche zu beobachten.

Journalisten, Künstler, Wissenschaftler, Staatsbeamte, Fußballprofis verloren wegen ihrer Kritik an Israels Politik in den letzten sechs Monaten in

Deutschland ihren Job. Veranstaltungen wurden abgesagt, ein Viertel davon betraf laut Diaspora Alliance Juden und Israelis. Demonstrationen wurden verboten oder gewaltsam aufgelöst.

Dabei würden soziale Medien von Pro-Israel-Aktivisten gescannt, wie das israelische Magazin +972 in einer Recherche darlegt, um "Belege" für Solidaritätsbekundungen (oft viele Jahre zurückliegend) zu finden und sie dann zu skandalisieren. Gleichzeitig wurden "Antisemitismus-Beauftragte" auf allen Ebenen der Regierung installiert. Selbst Kritik von Juden und Israelis am israelischen Krieg und der Besatzung wird heute teilweise als antisemitisch denunziert.

600 Beamte und Mitarbeiter verschiedener Ministerien und Behörden in Deutschland forderten in einer Erklärung die Bundesregierung schließlich auf, die Waffenlieferungen an die israelische Regierung sofort einzustellen. Sie wollten anonym bleiben. Einer der Verfasser, ein leitender Angestellter, spricht von einem "Klima der Angst" innerhalb der Behörden und Ministerien, wie er es "in 15 Jahren noch nie erlebt" habe.

Mut zur Ehrlichkeit

Das Selbstbildnis Deutschlands, eine lebendige Demokratie, soziale Marktwirtschaft, ein friedlicher Akteur inmitten Europas und auf der Weltbühne sowie ein verantwortungsvoller "Klimavorreiter" zu sein – all das hat heute sehr wenig mit der Realität zu tun.

Das heißt nicht, dass alles schlecht ist und es keine positiven Entwicklungen gibt. Aber der Mut zur Ehrlichkeit ist kaum mehr anzutreffen in der etablierten Politik, den Massenmedien und den Schaltzentralen der Gesellschaft.

Daher kommt der Zivilgesellschaft eine derart wichtige Funktion zu, Fortschritte zu erwirken, die dringend benötigt werden. Ohne Ehrlichkeit und offene Debatte wird es nicht gehen. Denn Verbesserung beginnt mit dem Eingeständnis, was ist, nicht mit Illusionen.

Quelle: Telepolis, 4.6.2024
Quellenhinweise in Online-Fassung

„Innere Zeitenwende“ – AfD-Politik durch das liberale Establishment

von Ingar Solty



Stroer-Werbepplakat

Der Beitrag erschien als Gastbeitrag zuerst am 19. Mai 2024 in der Berliner Zeitung und wird nachfolgend in einer gekürzten Fassung abgedruckt.

„Alternative gegen Deutschland“ titelte jüngst der Spiegel, mit Bezug auf mutmaßliche Zahlungen, die der AfD-Europa-Spitzenkandidat Maximilian Kraus erhalten haben soll. Ein Mitarbeiter Kraus wurde wegen Spionageverdacht für die Volksrepublik verhaftet. Der Spiegel erhob den Vorwurf des „Landesverrats“. Mal abgesehen davon, dass ganz allgemein auch Deutschland – nicht zuletzt über seine zahlreichen parteinahen Stiftungen – ausgiebig Akteure im Ausland finanziert und dass seine Geheimdienste selbstverständlich spionieren: Wer als liberaler Antifaschist glaubt, es sei ein besonders cleverer Schachzug, heute den Begriff des „Landesverrats“ gegen eine rechtsautoritäre Partei zu wenden, die behauptet, nationale Interessen zu verfolgen, der wird sich morgen wundern, dass er damit diese illiberale und nationalistische Rhetorik wieder in der politischen Kultur der Bundesrepublik etabliert haben wird.

Linke können ohnehin die Uhr danach stellen, wann sich Strafverfolgung mit Landes- oder gar Hochverratsvorwürfen auch und vor allem wieder gegen sie wenden wird. Schon in den kommenden Jahren dürfte jeden dieser Bannstrahl treffen, der auch nur leise Zweifel anmeldet und eine offene demokratische Diskussion darüber einfordert, ob Hochrüstung, Deutschlands Nuklearbewaffnung, die einst allein von postfaschistischen Haudegen wie Franz Josef Strauss, heute aber mit einem frisch, fromm, fröhlich, freien „Ja zur Atombombe“ von Ulrike Herrmann bis Joschka Fischer gefordert wird, tatsächlich gute Ideen sind und ob eine neue Blockkonfrontation gegen China und die Entsendung der Fregatten „Bayern“ und „Württemberg“ ins Südchinesische Meer, damit sie dort – wie einst die Kreuzerdivision vor Kiautschou – „Flagge zeigen“ für „unsere Werte und Interessen“, wirklich dazu beitragen, den Frieden in der Welt zu sichern und globale Menschheitsprobleme wie die soziale Ungleichheit und die Klimakatastrophe zu bewältigen.

Der Kampf fürs Vaterland

Die am 27. Februar 2022 ohne vorherige parlamentarische, geschweige denn breite gesellschaftliche Debatte von Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) verkündete „Zeitenwende“ – schon der Form nach ein demokratiepolitischer Skandal – ist in der Tat eine Zeitenwende auch dem Inhalt nach. Sie wendet die Zeit, aber nicht in eine goldene Zukunft; sie dreht die Uhr zurück in die düstere deutsche Vergangenheit.

Hohe Abbrecherquote bei Bundeswehr-Grundausbildung

Bei der inneren Zeitenwende geht es weiter um den Wiedereinbruch des Militärischen in die Schulen, wo die Kinder nach Ansicht von Bundesbildungsministerin Bettina Stark-Watzin-

ger (FDP) im Sinne eines „*unverkrafteten Verhältnisses zur Bundeswehr*“ und für „*unsere Widerstandsfähigkeit*“ zusammen mit Soldaten der Armee den Kriegsfall üben sollen und wo Jugendoffiziere der Bundeswehr als „*Karriereberaterinnen und Karriereberater*“ auf die Schüler losgelassen werden, um mit den aktuellen Rekordzahlen an Minderjährigen im Kriegsdienst die allgemeinen Rekrutierungsprobleme der Truppe zu lösen.

Auch die angeworbenen EU-Ausländer sind bislang ausgeblieben, weil die südeuropäische Jugendarbeitslosigkeit eben nicht mehr 50 Prozent oder mehr beträgt wie noch zu Eurokrisenzeiten.

Hinzu kommt die Abbrecherquote bei der Grundausbildung. Sie ist eklatant hoch, weil die Realität beim Kommiss nun einmal herzlich wenig mit dem Bild zu tun hat, das die jährlich 35 Millionen verschlingende Armeerwerbung an Straßenbahnen, Bushaltestellen und auf YouTube verspricht: Kameradschaft, Rumschrauben an geilen PS-strotzenden Karren, Krieg als Gaming (bloß ohne Resetknopf), Weltreisen, Weltrettung, Lebenssinn.

Zeitenwende: Ein neues Feindbild heraufbeschwören

Die innere Zeitenwende bringt indes das Militärische nicht nur in die Schulen zurück, sondern auch an die Universitäten, wo Regierung und konservative Opposition unter dem Jubel linksliberaler Medien gegen das verpflichtende Friedensgebot im Grundgesetz verstoßen und die Zivilklauseln aushebeln wollen, die es als Lehre aus dem Zweiten Weltkrieg bislang verboten haben, Forschung und Wissenschaft in den Dienst der Rüstungskonzerne zu stellen. In Nordrhein-Westfalen ist das mit den Stimmen von CDU und FDP längst geschehen.

Innere Zeitenwende meint auch die Rückkehr der Unterscheidung von „Gut“ (wir, na klar!) und „Böse“ (die anderen, was sonst?), von (westlicher)

„Zivilisation“ und (östlicher) „Barbarei“, bloß das die Grenze vom „Ostproblem“ (Walther Harich) weiter nach Osten verschoben wurde und die Barbarei nicht schon an der Grenze zu Polen beginnt.

Es ist die Rückkehr der „Erbfeinde“ (einst Frankreich, heute Russland und China) und die Rückkehr der „Bürde des weißen Mannes“ (Rudyard Kipling) zur Zivilisierung der Barbaren, die wieder am deutschen Wesen genesen sollen und sich – so jüngst Reinhard Bütikofer, außenpolitischer Sprecher der Grünen im Europaparlament, auf PHOENIX – sich „einfach von uns so verwandeln lassen“ müssen, „dass am Ende dann etwas rauskommt, was einfach den Vorstellungen entspricht, die man von uns über das Land und darüber“ gehabt hat, „wie die Welt insgesamt organisiert sein soll.“

Berufsverbote für die „inneren Feinde“

Die innere Zeitenwende ist auch die Rückkehr des ostentativen Unwillens, in geschichtlichen Kontexten und Kausalzusammenhängen zu denken und dabei auch die Perspektive der „Feinde“ einzunehmen (um, wenn schon nicht Völkerverständigung zu befördern, wenigstens der Kriegseskalation vorzubeugen).

Längst gelten wieder Berufsverbote für die „inneren Feinde“, die man durch Gesinnungsprüfungen vom öffentlichen Dienst fernhält, wie beim neuen „Radikalenerlass“ in Brandenburg. Migranten sollen, sofern sie sich nicht zur „freiheitlich-demokratischen Grundordnung“ und Staatsräson einer bedingungslosen Unterstützung des israelischen Staates bekennen, egal, welche rechtsextremen Kräfte ihn gerade regieren und welche KI-gesteuerten Kriegsverbrechen er gerade begeht, nicht nur keine Staatsbürgerschaft erhalten, wie dies der Bundestag Anfang des Jahres mit den Stimmen der Ampel beschlossen hat, sondern man will sie ihnen sogar bis zu zehn Jahre rückwirkend entziehen.

Diffamierungen durch Liberale

Es sind Liberale, für die es zur neuen Normalität gehört, ihre Gegner wie Kritiker von (einseitigen) Waffenlieferungen als „Lumpenpazifisten“, „gewissenlose“ „Unterwerfungspazifisten“, „Friedens-

schwurbler“, „Putins willige Helfer“ oder gleich als „Totengräberinnen der Ukraine“ und „Secondhand-Kriegsverbrecher“ zu bezeichnen. Es sind Liberale, die jetzt schon für die Zeit nach dem Ukraine-Krieg rüsten und fordern, der „Pazifismus darf nicht wieder auferstehen“. Es war die liberale Zeit, die am 80. Jahrestag der „Wollt ihr den totalen Krieg?“-Rede von Joseph Goebbels das Interview einer linken Liberalen, Eva Illouz, betitelt mit: „Ich wünsche mir einen totalen Sieg“, um diese dann unter dem Jubel des tagaus tagein die Trommel rührenden Perlentauchers, ausführen zu lassen, dass sie sich diesen „totalen und vernichtenden Sieg für die Ukraine“ wünsche, „weil die Russen täglich Verbrechen gegen die Menschlichkeit verüben, die nicht ungesühnt bleiben dürfen“ und „weil Putin die ideellen Werte Europas bedroht.“

Kurz, für all das braucht es keine extreme Rechte. Dieselben Leute, die heute die Konservativen davor warnen, als Lehre aus der Geschichte von 1933 ja nicht die „Brandmauer“ einzureißen, während sie, wie Ursula von der Leyen, in Europa die „Post-Faschistin“ Meloni küssen, wo sie sie treffen, bemerken gar nicht den Flammenwerfer in der eigenen Hand, mit dem sie das Land längst angezündet haben.

„Waffen, Waffen und nochmals Waffen“

Dabei muss auffallen, dass es eben nicht nur ewiggestrige Konservative von der „Stahlhelm-Fraktion“ sind, sondern gerade der „linke“ Flügel des Bürgertums, der sich in Sachen innere Zeitenwende besonders ins Zeug legt.

„Kriegstüchtigkeit“ wiederum forderte ein sozialdemokratischer „Verteidigungsminister“. Vor „Kriegsmüdigkeit“ wiederum warnte eine grüne Außenministerin, die sich zu Karneval gerne als „Leopard“-Panzer verkleidet hätte und sich im Ergebnis eines tiefblicken lassenden Freud'schen Versprechers längst „im Krieg mit Russland“ sieht. Es war der grüne Wirtschaftsminister, der bei Maybrit Illner



über die Panzerhaubitze 2000 ins Schwärmen geriet: „Die kann richtig was!“.

Bürgerliche Mitte: In rasantem Tempo nach rechts

Es sollte also auch nicht verwundern, dass es das linksliberale Bürgertum ist, das heute öffentlichkeitswirksam seine Geisteshaltung korrigiert und durch symbolische Gelübde seine Loyalität zum Vaterland beweist, als wäre es noch einmal August 1914. Die Liste derjenigen, die es für nötig hielten, symbolisch ihre Wehrdienstverweigerung zurückzuziehen und den Fahneneid auf die Nation in Waffen zu schwören, ist lang. Sie reicht von Scholz und dem „grünalternativen“ Wirtschaftsminister Robert Habeck über gealterte Intellektuelle, Journalisten und Schriftsteller.

Frühe Warnungen

Es war Theodor W. Adorno, der einmal schrieb, er habe weniger Angst vor der extremen Rechten als vor der rechten Radikalisierung der „Mitte“, vor der Rückkehr des Nationalistischen, Autoritären und Faschistischen in der Sprache der Demokratie. Wer heute glaubt, die Rechte am besten mit ihren eigenen Waffen schlagen zu können, von der Übernahme ihrer Migrationspolitik, ihres Kulturkampfes und ihrer Begriffe und Politikmittel aus dem „Zeitalter der Katastrophen“ (Eric Hobsbawm), der betreibt ihr eigentliches Geschäft.

Langfristig mag man sich in der AfD zurücklehnen, weil man weiß: „Rechts wirkt“. Das Land rast mit atemberaubendem Tempo in eine rechte Vergangenheit; aber im Führerstand stehen nicht Björn Höcke und Maximilian Krah, sondern die Liberalen selbst.

Wissenschaft im Weltkriegsformat

von German Foreign Policy

Proteste gegen Bestrebungen des Bundesbildungsministeriums, politisch missliebige Hochschullehrer zu disziplinieren, dauern an. Unter Bundesministerin Bettina Stark-Watzinger (FDP) hatte die Leitungsebene des Ministeriums versucht, Dozenten an Berliner Hochschulen die Fördermittel streichen zu lassen.

Anlass war ein Offener Brief, in dem die Dozenten gegen die gewaltsame Räumung eines Gaza-Protestcamps an der FU Berlin Einspruch erhoben und auf die grundgesetzlich garantierte Versammlungs- und Meinungsfreiheit gepocht hatten.

Stark-Watzinger hat seit Beginn ihrer Amtszeit die deutsche Hochschullandschaft immer offensiver auf die politische Linie des Auswärtigen Amts festzulegen versucht. Zunächst geschah das über eine Kappung jeglicher wissenschaftlicher Kooperation mit Russland, dann über das Bestreben, die Wissenschaftskooperation mit China inklusive der Arbeit chinesischer Wissenschaftler in Deutschland einzuschränken. „Die Zeitenwende“ fordere den „Einklang“ der Hochschulen „mit unseren sicherheitspolitischen Interessen“, erklärt Stark-Watzinger.

„Die russische Regierung isolieren“

Die erste einschneidende Maßnahme zur Formierung der deutschen Wissenschaftslandschaft vollzog Bundesbildungsministerin Bettina Stark-Watzinger unmittelbar nach dem russischen Angriff auf die Ukraine. „Die bisherige langjährige Zusammenarbeit in Wissenschaft und Forschung sowie in der Berufsbildung“ werde umgehend beendet – dies, obwohl sie „zur Lösung globaler Herausforderungen wie dem Klimawandel“ beitrage, teilte Stark-Watzinger am 25. Februar 2022 mit.^[1]

Ziel sei es, erläuterte ihr Ministerium, „die russische Regierung soweit wie möglich zu isolieren“; „die eingeleitete Wende“ gelte „auch für Belarus“.^[2] Aktuell heißt es beim Bundesbildungsministerium, „der forschungspolitische Dialog“ bleibe ausgesetzt; darüber hinaus seien konkrete „Forschungskooperatio-

nen ... unter Wahrung rechtlicher Rahmenbedingungen mittlerweile abgebrochen“ worden, oder sie würden „ohne Beteiligung der russischen bzw. belarussischen Partner fortgesetzt.“^[3] Dem Schritt hätten sich „die deutschen Wissenschaftsorganisationen und auch die Kultusministerkonferenz ... angeschlossen“.

Geostrategische Erwägungen

Formal begründet Stark-Watzingers Ministerium die Maßnahmen mit der Behauptung, „ein Land, das einen Angriffskrieg führt“, könne für Berlin „kein Partner sein“.^[4] Dies trifft nicht zu: Weder wurde die Wissenschafts- und Forschungskooperation mit den USA nach deren Angriff auf den Irak im Jahr 2003 eingestellt, noch zog das Bundesbildungsministerium Konsequenzen aus der deutschen Beteiligung am völkerrechtswidrigen NATO-Angriffskrieg gegen Jugoslawien im Jahr 1999.

Davon abgesehen sind Deutschland und die anderen Länder des Westens, die sich am Wissenschafts- und Forschungsboykott gegen Russland beteiligen, mit ihren Maßnahmen international isoliert. So setzen zum Beispiel die BRICS-Staaten, darunter Brasilien, Indien und Südafrika, ihre Zusammenarbeit mit Moskau in Wissenschaft und Forschung fort.^[5]

Dem schließen sich auch Staaten des Mittleren Ostens, etwa Saudi-Arabien^[6], und zahlreiche Länder Afrikas^[7] an. Die Entscheidung, nicht mehr mit Moskau zu kooperieren, folgt keiner Notwendigkeit, sondern rein geostrategischen Erwägungen.

„Kein Vorteil im Systemwettbewerb“

Längst geht das Bundesbildungsministerium unter Stark-Watzinger auch offensiv gegen die Wissenschafts- und Forschungskooperation mit China vor. Bereits im Juni 2022 forderte die Ministerin, „in sensiblen Bereichen“ müsse man in der Zusammenarbeit „klare Grenzen ziehen“; dies gelte ganz „generell überall dort, wo wir China helfen würden, einen Vorteil im Systemwettbe-

werb zu erringen“.^[8]

Das Bundesbildungsministerium werde „Hochschulen und Forschungseinrichtungen“ auch in Zukunft im Hinblick auf die Frage „beraten, was geht und was nicht“.

Auf eine Interviewfrage nach „Feldern ...“, auf denen unsere Forscher nicht kooperieren sollen oder dürfen“, antwortete Stark-Watzinger: „Wenn ich Uni-Präsidentin wäre, gäbe es bei mir kein Konfuzius-Institut.“ Bei den Konfuzius-Instituten handelt es sich um offizielle Kulturinstitute der Volksrepublik – die Entsprechung zu den deutschen Goethe-Instituten. Im August 2023 legte die Ministerin nach und verlangte in einem Namensbeitrag in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung, man müsse die deutsche „Forschung vor China schützen“.^[9]

Zeitenwende an den Hochschulen

Stark-Watzinger begründete dies damit, „die Zeitenwende“ mache „einen strategischeren Ansatz erforderlich“, der in der Praxis „das hohe Gut der Wissenschaftsfreiheit mit unseren sicherheitspolitischen Interessen in Einklang bringt“.^[10] Dazu müsse man zunächst „mehr für die Sicherheit unserer Forschung tun“; insbesondere müsse „der ungewollte Abfluss von Know-how und Technologie ins Ausland“ verhindert werden.

„Speziell mit Blick auf China“ sei „eine noch kritischere Abwägung von Risiko und Nutzen bei der Zusammenarbeit“ nötig, erklärte die Bundesbildungsministerin. Dies gelte auch für Aktivitäten chinesischer Wissenschaftler an deutschen Hochschulen; besonders „bei sicherheitsrelevanter Forschung und erkennbaren Dual-Use-Risiken“ müsse eingeschritten werden.

„Falls nötig, werden wir neue Instrumente im Dialog mit der Wissenschaft entwickeln“, schrieb Stark-Watzinger. Schließlich müsse auch „die strikte Trennung zwischen ziviler und militärischer Forschung hinterfragt“ werden; dies gelte insbesondere für die Zivilklauseln, die bis heute an einigen Hochschulen in Geltung sind.

Grundlegende demokratische Rechte

Den nächsten Schritt ging Stark-Watzingers Ministerium nun im Konflikt um Proteste gegen den Gaza-Krieg. Auslöser war ein Offener Brief von Lehrenden an Berliner Hochschulen, der sich gegen die polizeiliche Räumung eines Protestcamps an der FU Berlin wandte.

Das Camp richtete sich gegen den Gaza-Krieg und damit auch gegen die Nahostpolitik Berlins; seine Räumung wurde erkennbar unter politischem Einfluss angeordnet. „Die Versammlungs- und Meinungsfreiheit“, hieß es in dem Offenen Brief der Hochschullehrer, „sind grundlegende demokratische Rechte, die auch und gerade an Universitäten zu schützen sind.“^[11]

Das gelte „unabhängig davon“, ob man jeweils „mit den konkreten Forderungen des Protestcamps einverstanden“ sei. Der Offene Brief ist mittlerweile von fast 400 Berliner Dozenten und von mehr als 1.000 Lehrenden anderer Hochschulen unterzeichnet worden. Stark-Watzinger ging von Anfang an mit aller Härte ge-

gen die Unterzeichner vor: „Dieses Statement von Lehrenden an Berliner Universitäten macht fassungslos“, wurde sie im Springer-Blatt „Bild“ zitiert.^[12]

Erste Proteste

Wie kürzlich bekannt wurde, hat die Leitungsebene des Bundesbildungsministeriums intern nicht nur eine „juristische Prüfung einer etwaigen strafrechtlichen Relevanz“ des Offenen Briefs gefordert, sondern auch nach Möglichkeiten gesucht, „förderrechtliche Konsequenzen“ zu ziehen – also den Unterzeichnern des Schreibens die finanzielle Grundlage ihrer Arbeit zu rauben. Zudem habe die Leitung des Ministeriums „angezweifelt, dass die Hochschullehrer auf dem Boden des GG [Grundgesetz] stehen“.^[13]

Die Unterstellung, wer Versammlungs- und Meinungsfreiheit für Gegner des Gaza-Kriegs fordere, handle grundgesetzwidrig, hat nun zur Forderung nach einem Rücktritt von Stark-Watzinger wegen unzumutbaren Eingriffs in die Wissenschaftsfrei-

heit geführt. Ein „Entzug von Fördermitteln ad personam aufgrund von politischen Äußerungen“ verstoße seinerseits gegen das Grundgesetz, heißt es in einem weiteren Offenen Brief, den mittlerweile über 3.000 Wissenschaftler unterzeichnet haben.^[14]

Rücktritt gefordert

Stark-Watzinger hat kürzlich ihrer Staatssekretärin Sabine Döring die Schuld an den Plänen zu „förderrechtlichen Konsequenzen“ zugeschrieben und sie entlassen. Der Protest gegen ihre Amtsführung und Rücktrittsforderungen dauern dennoch an.



Privates YouTube-Video mit Panzertransport im Bahnhof von Erfurt

Zivile Infrastruktur: Damit die Panzer rollen

Berlin treibt mit Blick auf einen etwaigen Krieg gegen Russland den Ausbau von Straßen, Schienen und Brücken in Richtung Osten voran – auch mit zivilen Mitteln. Experten fordern Investitionen in bis zu dreistelliger Milliardenhöhe.

Die Infrastrukturinvestitionen, die dem Ausbau der Verkehrswege in Richtung Osten und letztlich der Vorbereitung eines etwaigen Krieges gegen Russland zugute kommen, fließen nicht ausschließlich aus den Töpfen für militärische Mobilität, sondern insbesondere auch aus Mitteln für die zivile Infrastruktur. Die Bundesregierung bestätigt, die „militärischen Bedarfe an die Verkehrsinfrastruktur“ würden bei der zivilen „Gesamtverkehrswegeplanung“ berücksichtigt; welche Gelder speziell den Belangen der Streitkräfte zugute kämen, könne „daher nicht einzeln ausgewiesen werden“.

Erhalt und Ausbau der zivilen Infrastruktur decke sich „im Wesentlichen mit den Bedarfen der Bundeswehr“. Deutschlands Brücken beispielsweise macht Berlin mit formal zivilen Verkehrsinvestitionen für Schwertransporte fit – und erfüllt dabei „im Regelfall auch alle Anforderungen an militärische Lasten“. [...]

Ein konkretes Beispiel für den Ausbau militärischer Mobilität über zivile Infrastrukturprojekte ist die umstrittene A20, die sogenannte Küstenautobahn in Schleswig-Holstein. Mit der A20 entstehe „eine wichtige Ost-West-Verbindung“ für Truppenbewegungen, erläutert der Kommandeur des Bundeswehr-Landeskommandos Schleswig-Hols-

tein, Axel Schneider. Die neue Autobahn biete „weitere Optionen, die Häfen an Nord- und Ostsee miteinander zu verbinden“. Über beide Meere verlaufen wesentliche transatlantische Marschrouten in Richtung NATO-Ostflanke. Schleswig-Holstein müsse sich darüber hinaus „darauf einstellen, wichtiger militärischer Raum für Truppenbewegungen aus und in den nordeuropäischen Raum zu werden“, erklärt Schneider, dem zufolge Deutschland den Friedenszustand bereits verlassen hat: „De jure sind wir nicht im Krieg, de facto nicht mehr im Frieden“.

Noch höhere Bedeutung für Militärtransporte als die Straßen besitzt das Schienennetz. Das Gleissystem sei „der wichtigste Bestandteil der militärischen Logistik“, heißt es in der DGAP-Studie zur militärischen Mobilität. [...]

Trotz umfassender Probleme beim Sicherstellen des zivilen Bahnverkehrs, der seit Jahren unter immer gravierenderen Verspätungen und Zugausfällen leidet, fordert die DGAP bei Investitionen in das Schienennetz eine Priorisierung der militärisch relevanten Streckenabschnitte – ausdrücklich der Strecken zwischen Bremen und Osnabrück bzw. Osnabrück und Münster.

Neben dem Ausbau des Gleisnetzes tragen auch die Verfügbarkeit von Fahrzeiten, Zügen und Waggons, die für militärische Schwertransporte geeignet sind, zur militärischen Mobilität bei. In Friedenszeiten sichert sich die Bundeswehr den Zugriff auf die zivile Infrastruktur unter anderem mit gewöhnlichen Verträgen; so hat sie Vereinbarungen mit der Deutschen Bahn über die Nutzung von Gleisen und Fahrzeugen getroffen.

Quelle: German Foreign Policy (27.6.2024)

Wir sind das Schlachtfeld für die „kognitive Kriegsführung“ der Nato

von Norbert Häring



„Die USA profitieren von der Nordstream-Sabotage.“

„Die Methode der EU zur Bekämpfung der Pandemie gerät zum Fiasko.“

„Corona-Impfstoffe sind experimentell.“

„Die Impfstoffe wirken nicht gegen neue Virusstämme.“

Wer solche und ähnliche Meinungen äußerte oder noch äußert, beteiligt sich nach dem Nato- und EU-Verständnis an einem hybriden militärischen Angriff auf unser Hoheitsgebiet und kann es – direkt oder indirekt – mit der Nato zu tun bekommen. Die wenigsten hätten gedacht, dass sie sich mit einem derart mächtigen Gegner anlegen, wenn sie etwa die Corona-Maßnahmen der Regierungen oder deren Impfhysterie kritisierten.

Aktuell können interessierte Medienvertreter zum Beispiel lernen, dass die Behauptung, manche Autos und SUVs aus der Militärhilfe fänden ihren Weg in ukrainische Führungszirkel und ein Teil der gelieferten Waffen werde in andere Länder verkauft, eine von Russland verbreitete Falschinformation sei. Dabei ließ sich aufgrund von Rücktritten korrupten Führungspersonals der Ukraine nicht einmal mehr vermeiden, dass über dieses Problem in unseren Fernsehnachrichten berichtet wurde.

Grundlage für die schnellen Nato-EU-Eingreiftruppen ist ein Beschluss des EU-Rates von Juni 2023 zu den Werkzeugen zur Abwehr hybrider Kampagnen, mit dem die EU das Vokabular und die Nato-Strategie der kognitiven Kriegsführung weitgehend übernommen hat.

Dass Deutschlands größte Rüstungsschmiede **Rheinmetall** vor kurzem einen millionenschweren Sponsoring-Vertrag mit dem Fußball Bundesligisten **Borussia Dortmund** (BVB) abgeschlossen hat ist Teil dieser psychologischen Kriegsführung. Der Vorsitzende der BVB-Geschäftsführung machte kein Hehl daraus, dass damit im Sinne der Nato-Strategie unsere kognitiven Prozesse verbessert wer-

den sollen. Hans-Joachim Watzke erklärt die umstrittene Entscheidung des Vereins damit, dass sich die Gesellschaft sehr viel ernsthafter mit den Themen Sicherheit und Verteidigung auseinandersetzen müsse. Der Verein könnte dafür eine Plattform sein. Offen und direkt sollte über die „neue Normalität“ geredet werden können, nämlich über die Verteidigung der Freiheit in Europa.

Vom Debunking zum Prebunking

Die **Faktenchecks** von DPA, ARD, Correctiv und Co. und die mit diesen bewirkte Gleichrichtung der wichtigen Medien sind zwar ein wichtiger Bestandteil des Arsenal zur Verbesserung unserer kognitiven Prozesse. Aber die Nato-Strategen sind sich sehr der Tatsache bewusst, dass man mit Faktenchecks diejenigen nicht mehr überzeugen kann, die bereits zu misstrauisch geworden sind. Deshalb ist ein mindestens ebenso wichtiges Instrument der kognitiven Kriegsführung, das **Prebunking**. Damit soll das Aufkommen von Misstrauen in die eigene Regierung verhindert und das Misstrauen gegenüber deren Kritikern befördert werden. Denn, wenn den Kritikern von vorne herein nicht geglaubt wird, hat es die Regierung viel leichter, das Vertrauen der Bevölkerung zu behalten, auch wenn sie deren Grundrechte einschränkt, diese in Kriege hineinzieht oder ihnen große finanzielle Opfer für fremde Kriege abverlangt. [...]

Atlantic Council als Nato-Vorfeldorganisation

2016 veröffentlichte Atlantic Council eine Studie, in der er Politiker verschiedener Parteien, einschließlich Sigmar Gabriel, zu Putins Fünfter Kolonne erklärt und Medien und Geheimdienste aufforderte, sich intensiv um diese zu kümmern. Der Atlantic Council ist eine höchstkarätig besetzte Nato-Vorfeldorganisation. Zu den Empfehlungen gehörte, dass die EU und nationale Regierungen zivilgesellschaftliche Gruppen und Medien

Es gibt viele Politikbereiche, in denen es die EU militärisch wichtig findet, dass sich alle hinter der Regierung versammeln und Abweichler diskreditiert werden. Mit Stand von Oktober 2022 listete das mit den Geheimdiensten kooperierende **Strategische Kommunikationszentrum East StratCom** laut einem Gastbeitrag von Johannes Mosmann auf diesem Blog allein über den Ukraine-Konflikt 5.755 gezielte „Desinformationen“ auf, und viele tausend weitere zu anderen Themen wie Corona oder Klimawandel.

East StratCom ist ein Dienst des **External Action Service** der EU, der für die EU-Außenpolitik, „einschließlich ziviler und militärischer Planung und Krisenreaktion“ zuständig ist. Aufgabe ist es, „die laufenden russischen Desinformationskampagnen vorherzusagen, anzugehen und darauf zu reagieren“.

Demnach verbreitete Russland unter anderem die folgenden „Falschbehauptungen“, um westliche Demokratien zu destabilisieren:

„Die NATO-Osterweiterung stellt eine ernsthafte Bedrohung für Russland dar.“

„Westliche Sanktionen führten zu höheren Nahrungsmittelpreisen.“

„Die EU-Sanktionen schaden Europa mehr als Russland.“

unterstützen und finanzieren, die daran arbeiten, Trojanische Pferde Russlands zu enttarnen und zu diskreditieren. Die EU sollte außerdem eine unabhängige Agentur gründen, die zivilgesellschaftliche Hinweisgeber-Gruppen finanziert.

Die ARD gründet 2017 den **Faktenfinder**, der sich schnell als Verkündungsorgan von Nato-Thesen und zur Diskreditierung von russischen Gegenthesen etablierte.

Wenige Tage nach Veröffentlichung der Studie des Atlantic Council kam die **Washington Post** mit einem aufsehenerregenden Zeitungsaufmacher, in dem sie eine schwarze Liste von US-Medien propagiert, die Teil eines russischen Propagandanetzwerks seien. Grundlage war laut Zeitung die Analyse einer anonymen „*Ansammlung von Forschern mit Hintergründen aus der Außenpolitik, dem Militär und der Technologieszene, die sich ProporNot nennt. Diese machte eine Kampagne zum Säen von „Misstrauen in die US-Demokratie und ihre Führer“* aus und erklärt es dabei ausdrücklich für unwichtig, ob die Netzseiten auf ihrer Liste überhaupt wissen, dass sie russische Propaganda verbreiten. Wenn sie die Regierenden kritisieren, agierten sie zumindest als ‚nützliche Idioten‘ der russischen Geheimdienste. Die Geheimdienste und das FBI sollten die gelisteten Medien hochnotpeinlich überprüfen. Außerdem solle die „Zivilgesellschaft“ mithelfen, verdächtige Umtriebe aufzudecken, öffentlich anzuprangern und zu melden.

Die Zugriffszahlen der betreffenden Medien brachen in den Folgemonaten auf nicht ganz unerklärliche aber unerklärte Weise ein.

2018 schloss **Facebook** eine Vereinbarung mit dem **Digital Forensic Research Lab** des Atlantic Council. Danach wird dieses darauf achten, dass keine russischen Quellen über das soziale Netzwerk westliche Öffentlichkeiten mit Falschinformationen und Propaganda politisch beeinflussen können. Damit wird laut Atlantic Council sichergestellt, „*dass Facebook eine positive Rolle bei allen Wahlen rund um die Welt spielt.*“ Die erwähnte Studie des Atlantic Council zu den Trojanischen Pferden des Kremls in der deutschen Politik zeigt recht deutlich, was der Atlantic Council unter einer positiven Rolle bei Wahlen versteht.

Das **Digital Forensic Research Lab**

und seine Schwesterorganisation **Bellingcat** sind aller Plausibilität nach nicht die Freizeitbeschäftigung des abgebrochenen Medizinstudenten und Finanzsachbearbeiters Eliot Higgins, als die sie uns präsentiert werden, sondern Tarnorganisationen von Nato-Geheimdiensten.

Fazit: Militär und Geheimdienste sind immer dabei

Wer vermutet, dass bei der grassierenden Zensur- und Gehirnwäsche stets im Hintergrund Militär und Geheimdienste mit am Werk sind, kann also auf vielfältige Beispiele verweisen. Zusammenfassend haben wir festgestellt, dass:

- > die Nachrichtenagenturen und Correctiv auf Basis eines von Militärs entwickelten Rahmenwerks und unter Aufsicht einer Vertreterin des US-Militärs regierungskritische Nachrichten und Analysen per Faktencheck diskreditieren und so die Berichterstattung der wichtigen Medien auf Linie halten,

- > die Vizechefin der österreichischen Medienaufsicht den militärisch-geheimdienstlichen Hintergrund von Regeln des **Digital Services Act** gegen „*schädliche Inhalte*“ bestätigt hat,

- > **die FDP-Fraktion** im Bundestag die Einrichtung eines Zentrums für hybride Kriegsführung fordert,

- > die Nato-Strategen fordern, dass die Regierungen mit kognitiver Kriegsführung und **Prebunking** gegen alles vorgehen, was das Vertrauen in die Regierungen beeinträchtigt und so den nationalen Zusammenhalt (auf Regierungslinie) schwächt,

- > **Nato und Atlantic Council** viele der Zensur- und Debunking-Maßnahmen gegen Regierungskritiker empfohlen haben, die in zeitlichem Zusammenhang mit den entsprechenden Publikationen eingeführt wurden, von Zensurgesetzen und Verhaltenskodizes der Plattformen bis zur staatlichen Unterstützung von sogenannten Hinweisgebern und Faktencheckern,

- > **Menschen aus dem Geheimdienstmilieu** sich im Verborgenen mit einer schwarzen Liste darum kümmern, dass regierungskritische Netzseiten nur geringe Werbeeinnahmen erzielen können,

- > **Nato und EU-Kommission** ge-

meinsam ein Zentrum gegen hybride Bedrohungen, betreiben, das auch für kognitive Kriegsführung zuständig ist,

- > **der EU-Rat** kürzlich die Aufstellung und Entsendung zivil-militärischer Schneller hybrider Eingreifteams beschlossen hat,

- > **Borussia Dortmund** den Sponsoring-Vertrag mit Rheinmetall damit begründet, dass man eine Plattform sein möchte, um die „neue Normalität“ von Frieden durch Krieg zu propagieren,

- > **Google** in Zusammenarbeit mit Nato-nahen Wissenschaftlern vor Wahlen Zeichentrick-Videos ausspielt, um junge Wähler gegen die Botschaften von regimekritischen Politikern und Publizisten zu immunisieren,

- > unsere Schüler systematisch mit dem von Militärs entwickelten Konzept des **Prebunking** dazu gebracht werden sollen, nur den offiziellen Verlautbarungen der Regierung zu vertrauen und Regierungskritikern nicht zuzuhören.

Diese Analyse hat Konsequenzen für die Beantwortung der Frage, warum in den letzten Jahren so viele Menschen so bereitwillig akzeptiert und sich oft auch daran beteiligt haben, elementare Grundrechte außer Kraft zu setzen und Mitmenschen, die das nicht hinnehmen wollten, zu diffamieren und auszugrenzen.

Durch intensivste Propaganda wurde planmäßig Folgsamkeit mit der Systemfrage verknüpft und Kritik zu einer Bedrohung des Systems hochstilisiert. Die Folge: Wer im großen und ganzen das System gut findet und dessen Institutionen vertraut, müsste sich wegen der von oben betriebenen Zuspitzung des Konflikts selbst gegen das System stellen und sein gesamtes Weltbild ändern, wenn er sich mit den Kritikern solidarisieren wollte.

Das funktionierte bei Corona, und es funktioniert noch besser im Streit um den richtigen Umgang mit dem Russland-Ukraine-Krieg. Die große und wichtige Frage ist: Warum wurde Corona zu einem Schlachtfeld der kognitiven Kriegsführung gemacht? Worin lag die militärisch-geostrategische Bedeutung der Corona-Maßnahmen?

Textauszug aus einem umfangreichen Beitrag – siehe Online-Fassung

Weltpolitische Fakten gegen Fake News

Ein Bericht über eine ZDF-Talkshow mit Markus Lanz und einem Schlagabtausch zwischen Anton Hofreiter mit Oberst a.D. Wolfgang Richter – von RT DE (12.6.2024)



Links im Bild: Oberst a.D. Wolfgang Richter

Es waren Äußerungen, die man im deutschen Fernsehen selten oder gar nicht zu hören bekommt, wenn es um den Konflikt zwischen Russland und der Ukraine geht. Bei Markus Lanz im ZDF ging Oberst a. D. Wolfgang Richter mit denjenigen hart ins Gericht, die bewusst oder unbedacht auf eine Eskalation setzen. Dazu zählt auch der ebenfalls in dieser Runde anwesende Anton Hofreiter.

In der ZDF-Talkshow Markus Lanz am 11.6.2024 kam es zu einem bemerkenswerten Schlagabtausch zwischen dem Politiker Anton Hofreiter (Bündnis 90/ Die Grünen) und dem Militärexperten Oberst a. D. Wolfgang Richter.

Das war deshalb bemerkenswert, weil die meisten Zuschauer die von Richter vorgebrachten Thesen so noch nie zu Ohren bekommen haben dürften. Das dürfte zumindest so sein, wenn sie sich bei der Auswahl ihres Programms auf Nachrichtensendungen und Talkshows des öffentlich-rechtlichen Rundfunks beschränken, wo Politiker und "Experten" Dauergast sind, die – ganz so wie Hofreiter an diesem Abend wieder – im Ukraine-Konflikt bedenkenlos auf Eskalation setzen.

Der Oberst außer Dienst machte dagegen zunächst einmal klar, dass das ganze Gerede "über Waffen als 'Gamechanger' ... völlig fehlgeleitet" und "nicht von militärischem Sachverstand" geprägt sei:

"Eine Waffe ist immer nur so gut, wie sie in einem Gefecht verbundener Waffen genutzt wird."

Und hierbei befinde sich die Ukraine

laut Richter klar im Nachteil. Gleiches gelte für die Kapazität der Ressourcen, denn es gehe ja um "tausende Waffensysteme".

Richter, der beim regierungsnahen deutschen Thinktank Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) als Experte für Verteidigungs- und

Sicherheitspolitik tätig ist, meint, der Westen habe eine Doppelstrategie verfolgt: Einerseits Waffenlieferungen, andererseits Sanktionen. Und dann ging er mit jenen "Experten" vom Schlage eines Hofreiters hart ins Gericht:

"Manche gingen völlig übers Ziel hinaus, sprachen von der strategischen Niederlage Russlands, von der Ruinierung Russlands, manche haben auch hier in der Runde schon von Angriffen auf Ministerien in Moskau geredet. Das sind Punkte, die völlig überzogen sind."

Ihm fehle in der Debatte der Realismus. Richter gab zu bedenken, dass die russische Rüstungsindustrie trotz der Sanktionen heute mehr produziere als vor dem Krieg, bei manchen Waffensystemen sogar das Vierfache.

Der große Fehler des Westens bestehe darin, dass er immer weiter Waffen liefert, ohne über eine Exit-Strategie zu verfügen. Aber in Richters Augen bestehe das größte Dilemma für den Westen darin, dass er es nicht schaffen könne, die Personalnöte der Ukraine auszugleichen.

"Es sei denn, man schreitet über den Rubikon und sagt: Wir schicken Personal."

Der Militärexperte warnte vor den Folgen einer unbedachten Politik und dieser "Art von rhetorischen Spielen". Damit meinte er die Gedankenspiele des französischen Präsidenten, eigene Truppen in die Ukraine zu entsenden, weil dies auf eine Eskalation und "einen großen europäischen Krieg" hinauslaufen könnte.

Stattdessen sprach sich Richter für eine maßvolle militärische Unterstützung der Ukraine aus und nahm dabei auch den Bundeskanzler Olaf Scholz in Schutz gegenüber Vorwürfen des angeblichen "Zauderns". Deutschland dürfe nicht riskieren, Kriegspartei zu werden.

Hofreiter steigt mit Fake News in die Debatte ein

Es war Hofreiter anzumerken, wie es angesichts der Äußerungen des Militärs in ihm brodelte. Als der Moderator Lanz ihm dann das Wort erteilte, beschwor der Grünen-Politiker die angeblich von Russland ausgehende Gefahr:

"Putin hat die Ukraine angegriffen, um komplett die Ukraine zu erobern, und er sagt uns auch sehr, sehr offen, dass es nicht das endgültige Ziel ist, sondern er sagt uns sehr offen, dass er dann vorhat, weitere Länder anzugreifen."

Richter hakte sofort ein: "Wo sagt er das?" Und auch Lanz wollte von Hofreiter gern genau wissen, wo Putin solch eine Aussage gemacht habe. "Das sagt er immer wieder in seinen Reden", behauptete Hofreiter, der aber dennoch keinen Beleg für seine Behauptung erbringen konnte. Und tatsächlich hat der russische Präsident niemals eine solche Äußerung gemacht, im Gegenteil: Putin bezeichnete jüngst solche Behauptungen, Russland plane einen Angriff auf NATO-Länder, als "völlig verrückt".

Auch was die Sanktionen betrifft, geriet Hofreiter mit einer steilen Behauptung in Widerspruch zu dem Militärexperten. Denn die Sanktionen wirkten "viel besser als erwartet", Putin gehe nämlich "langsam das Geld" aus.

Richters eindringlichen Warnungen vor einer Eskalation konnte Hofreiter jedenfalls nichts Positives abgewinnen. Die Eskalationsgefahr bestehe nicht in der Unterstützung der Ukraine, sondern darin, wenn man Putin gegenüber nachgebe und eine Form des "Appeasement" betreibe, meinte der Grünen-Politiker. Das habe die Er-

fahrung der letzten 15 Jahre gezeigt, wobei Hofreiter konkret auf den Krieg in Georgien im Jahre 2008 verwies. Auch hierbei nahm er es mit den Fakten wieder nicht so genau, wie Oberst Richter später anmerkte:

"Ich war zufällig vor Ort, und es ist so, dass die Georgier angegriffen haben und Russland interveniert hat."

Oberst Richter warnt vor gefährlichem Zündeln der Ukraine

Die von Hofreiter befürwortete Lieferung von Taurus-Marschflugkörpern lehnte Richter mit dem Verweis darauf ab, dass "wir in der Ukraine eine Politik der Eskalation mit eigenen Waffen erleben". Der Oberst führte dazu aus:

"Die Ukrainer haben jetzt mit ihren Langstreckendrohnen ein strategisches Radar der russischen Nuklearstreitkräfte angegriffen. Damit greifen die Ukrainer in das strategische Gleichgewicht zwischen Amerikanern und Russen ein. Das ist auch nicht im Sinne der USA!"

Warum das so gefährlich ist, machte er anschließend klar:

"Wenn die Russen nicht mehr in der Lage sind, mit diesem Radar seegestützte Raketen aus dem Indischen Ozean rechtzeitig zu erkennen, dann wird die Vorwarnzeit erheblich reduziert und es entsteht ein unklares Lagebild. Und das dürfen wir uns im Nuklearzeitalter nicht leisten."

Hofreiter gehe mit seiner Argumentation an diesen Fragen der Eskalation "zu leichtfertig vorbei", monierte Richter.

"Ich war mal Nuklearplaner. Ich weiß, worum es hier geht!"

Zum Schluss wollte Lanz vom Oberst a. D. wissen, was Russland in dem Konflikt wirklich antreibt und wie sich ein Weg zum Frieden beschreiten ließe. Was Richter dann sagte, dürfte für viele Zuschauer ein absolutes No-vum gewesen sein.

Laut dem Oberst, der seit 30 Jahren – auch in Ausübung seines diplomatischen Dienstes – viel mit russischen Vertretern gesprochen hat und weiterhin "informell" spricht, sind dafür drei Dinge unverzichtbar: An erster Stelle sei von russischer Seite – auch bei den Friedensverhandlungen von Istanbul im März 2022 – immer eines gesagt worden: "Haltet uns die NATO vom Leib!" An zweiter Stelle komme der Schutz der "russlandaffinen Bevölkerung" innerhalb der Ukraine, und an dritter Stelle kommen die Stützpunkte der Schwarzmeer-Flotte.

"Was sie NICHT treibt, ist ein Angriff auf das restliche Europa, die Gesamtkontrolle der Ukraine."

Man müsse die Sicher-

heitsinteressen der Russen mit denen seiner osteuropäischen Nachbarn unter einen Hut kriegen. Das sei in der Vergangenheit auch gelungen, als es viele "Rückversicherungsabkommen" gegeben habe, die nicht von Putin, sondern von den beiden früheren US-Präsidenten George W. Bush und Donald Trump "abgeräumt" worden seien. Der Westen müsse sich auch "an die eigene Schulter fassen".

Das rechtfertige nicht den russischen Angriff auf die Ukraine, sagte der Oberst noch, laut dem ein "Zurück zum Frieden" aber nicht mit einem "Zurück zu alten Grenzen" erreichbar sei:

"Wenn wir realistisch sein, wird es die territoriale Integrität [der Ukraine] von 1991 nicht geben. Wer das anstrebt, wird in die Eskalation geraten, und die können wir uns nicht leisten."



Quelle: X-Tweet von Martin Sonneborn (Die Partei)

Köstlich: Das grüne Gestotter zu Assange

Der Fall Assange war eine permanente Offenlegung grüner Doppelmoral bezüglich US-Verbrechen und „westlicher Werte“. [...] Das obige Foto zeigt ein treffendes Plakat der „Partei“ [...]

Auch jenseits der Grünen gibt es aktuell viel Doppelmoral bezüglich Assange in Medien und Politik. Diskutiert wird zudem die Bedeutung von Assanges „Geständnis“ als Folge einer brutalen und erfolgreichen Machtdemonstration der USA. [...]

Denis Yüchsel hat in der Welt in einem teils treffenden Kommentar den Charakter der Affäre Assange sowie die Untätigkeit grüner Moralapostel so zusammengefasst:

„Damit endet ein beispielloser Skandal, bei dem sich die britische und die schwedische Justiz zum Komplizen eines Rachezugs gemacht haben, während die übrigen Regierungen der westlichen Welt schwiegen. Annalena Baerbock etwa, die sich noch im Wahlkampf für Assange eingesetzt hatte, aber nicht mehr als deutsche Außenministerin.“ [...]

Auch Politiker ohne Regierungsverantwortung haben sich teils gerne zu Assange geäußert. Zur Erinnerung: Noch 2021 hatte sich die jetzige grüne Außenministerin Annalena Baerbock mit Äußerungen bezüglich Assange in Szene setzen wollen [...] O-Ton Baerbock 2021:

„Aufgrund schwerwiegender Verstöße gegen grundlegende Freiheitsrechte der Europäischen Menschenrechtskonvention im Umgang mit Julian Assange – allen voran gegen das Verbot von Folter (Art. 3), gegen das Recht auf Freiheit und Sicherheit (Art. 5), gegen das Recht auf ein faires Verfahren (Art. 6) und gegen das Recht, keine Strafe ohne Gesetz zu erhalten (Art. 7) – schließen wir uns der Resolution der Parlamentarischen Versammlung des Europarates vom 27. Januar 2020 sowie dem Appell des UN-Sonderbeauftragten Nils Melzer an und fordern die sofortige Freilassung von Julian Assange.“

In Deutschland sind die Reaktionen nun eher verhalten. Man stelle sich im Kontrast dazu vor, ein russischer Journalist wäre endlich frei [...]

Quelle: Nachdenkseiten (27.6.2024)

Vertrauen verloren

von Nazih Musharbash (aus: Palästina-Journal)

Seit dem 7. Oktober 2023 hat sich auch in Deutschland vieles verändert. Und zwar nicht zum Guten. Jedenfalls für hier lebende Menschen mit palästinensischem, muslimischem oder arabischem Hintergrund – und auch nicht für Jüdinnen und Juden. Deutsche Jüdinnen und Juden sollen sich für die Regierungspolitik Israels, Palästinenser*innen für den Angriff der Hamas, Muslime für die politische Instrumentalisierung ihrer Religion und Araber*innen für ziemlich alles, was orientalisches negativ ist, verantworten.

Der Hamas-Angriff und die israelische Reaktion darauf haben die deutsche Politik und Gesellschaft derart vereinnahmt, dass ein jeder meint, sich positionieren zu müssen. Wobei eine Entweder-Oder-Haltung erwartet wird. Ist man für Israel, dann ist man zwangsläufig gegen Palästina und umgekehrt. Diese gesellschaftliche Polarisierung spaltet.

Wer sich jedoch nicht eindeutig und vor allem vorbehaltlos auf die Seite Israels stellt, der gilt womöglich als Israelhasser*in, als Judenhasser*in oder als Antisemit*in. Diese Entweder-Oder-Erwartung erlaubt keine Differenzierung und erschwert den Diskurs über alles, was bis zum 6. und ab dem 8. Oktober 2023 geschehen ist.

Ein Stück Vertrauen in die Demokratie ist verloren gegangen. Für mich und für viele andere Menschen, die nicht in Deutschland geboren sind, und die die Vorzüge einer funktionierenden Demokratie mit der Betonung

von Menschen- und Völkerrecht, Menschenwürde und Meinungsfreiheit erst hier erlebt und gelernt haben, ist diese Polarisierung ein Schock. Die unterschiedliche Anwendung der politischen Werte empfinden wir als eklatanten Verstoß gegen Gleichheit und Fairness. Es wirkt, als würde die deutsche Gesellschaft einem Teil ihrer Werte auf einmal weniger Bedeutung beimessen, wenn Doppelstandards verfolgt werden.

Der soziale Friede in diesem Land scheint aus den Fugen geraten zu sein. Hier in Deutschland kann man seine Meinung sagen, ohne sofort verdächtigt zu werden – so hat man Deutschland, auch im Ausland wahrgenommen. Plötzlich jedoch fühlt sich das anders an. Wer ist noch Willens, zu differenzieren?

Und doch spüren wir, die friedfertige Mehrheit der Palästinenser*innen, die ohne Hass und Hetze um die tausenden Toten des Gaza-Krieges trauert, kaum Anteilnahme seitens der deutschen Politik. Die palästinensischen Toten bleiben Zahlen ohne Gesichter, von Deutschland gebilligte Kollateralschäden der israelischen Selbstverteidigung. Sicher, auch die Palästinenser*innen in Deutschland sehen, dass

die Bundesregierung sich für humanitäre Erleichterungen für die geflüchtete und vertriebene Zivilbevölkerung im Gazastreifen einsetzt. Aber es bleibt ein schaler Beigeschmack, wenn dieselbe Regierung sich monatelang nicht einmal für eine Feuerpause ausspricht und weiterhin Waffen nach Israel liefert. Und für uns gibt es einen wahrnehmbaren, schmerzlichen Unterschied zwischen Solidarität mit Israel und unkritischem Abnicken jeder Entscheidung jeder israelischen Regierung.

Staatsraison bedeutet nicht bedingungslos an der Seite Israels

von Detlef Griesche (aus: Palästina-Journal)

Was treibt eigentlich die deutsche Regierung an, weiter bedingungslos an der Seite Israels zu stehen? Grundlage ist der bis heute unter Staatsrechtlern höchst umstrittene Topos der „Staatsraison“ der früheren Kanzlerin Angela Merkel und der daraus folgenden „besonderen Verantwortung“ für die Sicherheit Israels.

Während Deutschland nach Recherchen des SIPRI-Friedensforschungsinstituts in Stockholm der zweitgrößte Waffenlieferant an Israel ist mit im ver-

gangenen Jahr 47 % aller von Israel importierten Waffen und in der UNO an der Seite der USA abstimmt, sodass keine eindeutigen Verurteilungen der israelischen Kriegsführung zustande kommen, isoliert sich Deutschland international immer mehr.

Gleichzeitig wird in Deutschland verstärkt jede Kritik an Israel als Antisemitismus diffamiert, Versammlungen verboten, und die verfassungsgemäß garantierte Meinungsfreiheit drastisch eingeschränkt. Die Doppelmoral deut-

scher Politik wird immer gravierender und dies, obwohl die zunehmende Mehrheit der Bevölkerung nach neueren Umfragen die israelische Kriegspolitik immer deutlicher ablehnt und wie die ganze Welt, eine sofortige Waffenruhe und Beendigung des Krieges fordert.

„Deutsche Israelpolitik ist eine Elitenprojekt“, denn die Solidarität mit Israel bleibt auch angesichts der immer weiter steigenden Zahl getöteter Zivilist*innen, der großflächigen Zer-



störung des Gazastreifens und einer Hungersnot als Waffe ungebrochen.

Doch es bewegt sich etwas in Medien und Think Tanks. So schreibt etwa die SPD-nahe Friedrich Ebert Stiftung in ihrer Zeitschrift IPG:

„Notwendige Solidarität: Ja. Blindheit gegenüber der Kriegsführung in Gaza: Nein. Deutschland braucht eine andere Israel-Politik. – Deutsche Außenpolitik muss sich ehrlich machen. Und daher ist es notwendig, dass die universalistische

Säule deutscher Außenpolitik viel stärker zum Tragen kommt – ansonsten verliert Deutschland nicht nur international an Glaubwürdigkeit, sondern auch ein Stückweit die eigene Integrität“.

Wohin die deutsche Staatsraison-Politik führt, hatte schon Exkanzler Helmut Schmidt formuliert:

„Dass da am laufenden Band sogenannte Siedlungen errichtet werden, zum Teil richtige Wohnblocks, eine Mauer errichtet wird auf einem Gelände, das nicht

zum Staat Israel gehört, alles das sind Dinge, die eigentlich kritisiert werden sollten, und wenn man sie verschweigt und stattdessen sagt, wir tragen eine besondere Verantwortung für die Sicherheit Israels, dann ist das möglicherweise ein nicht zu Ende gedachter Teil der eigenen Außenpolitik.“ (2010)

Zu dieser kritischen Überprüfung der Staatsraison muss die Bundesregierung ihrer eigenen Glaubwürdigkeit willen wieder zurückkehren.

»Bei Palästina gibt es immer eine Ausnahme, wenn es um Menschenrechte geht«

Elias Feroz sprach mit dem Konzertmeister des West-Eastern Divan Orchestra, welches vom palästinensisch-amerikanischen Denker Edward Said und dem jüdisch-argentinischen Dirigenten Daniel Barenboim ins Leben gerufen wurde, **Michael Barenboim** (Daniel Barenboims Sohn und Dekan der Barenboim-Said-Akademie in Berlin). [...]

Feroz: Sie haben erst kürzlich im Rahmen eines „Ted-Talks“ zum Ausdruck gebracht, dass Sie es nicht verstehen, weshalb es in Deutschland keinen Konsens zu einem Waffenstillstand gibt. Wie nehmen Sie den deutschsprachigen Diskurs allgemein wahr?

Barenboim: Der Waffenstillstand wurde bereits im März vom UN-Sicherheitsrat beschlossen, und erst im 10. Juni kam es erneut zu einem Beschluss. Zusätzlich hat der Internationale Gerichtshof Maßnahmen angeordnet, die ohne einen Waffenstillstand nicht durchsetzbar sind. Ich bin ehrlich gesagt ziemlich entgeistert, wenn ich höre, was so behauptet wird in Deutschland, aber auch in anderen westlichen Ländern.

Es ist eine moralische Empörung, die ich verspüre, wenn ich sehe, dass man immer wieder darauf zurückkommen muss, dass über 15.000 Kinder in Gaza gestorben sind. Die reale Zahl ist wahrscheinlich sogar höher. Als würde all das, was wir über Menschenrechte und über die Würde des Menschen denken, nicht auch für Palästinenser gelten. Dass so mit Menschenleben umgegangen wird, ist unbegreiflich für mich.

Feroz: Sie gehören zu den Berliner Hochschullehrern, die in einem offenen Brief pro-palästinensische Proteste an Universitäten verteidigen. Aus der Politik ernteten der Brief und die Unterzeichner viel Kritik. Das Bundesministerium für Bildung hat sogar um eine Prüfung gebeten, ob kritischen Hochschullehrenden Fördermittel gestrichen werden können. Außerdem wollte die Leiterin des Ministeriums, Bettina Stark-Watzinger, prüfen lassen, ob sich in dem offenen Brief strafrechtlich relevante Aussagen finden lassen. Wie sehen Sie das Vorgehen des Bundesministeriums?

Barenboim: Ich bin ehrlich gesagt auch hier schockiert. Die freie Meinungsäußerung, die wir ja alle als wichtig erachten, wird doch dadurch komplett konterkariert, wenn Akademiker Angst haben müssen, dass ihnen ihre Fördermit-

tel gestrichen werden oder dass sie sogar strafrechtlich verfolgt werden könnten, wenn sie einen offenen Brief unterschreiben.

Es scheint, als würde es beim Thema Palästina immer eine Ausnahme geben, wenn es um Meinungsfreiheit und Menschenrechte geht. In dem offenen Brief wird der Studierendenprotest als solcher verteidigt. Ich selbst stehe natürlich auch inhaltlich hinter den Studierendenprotesten. Wieso sollte man auch nicht gegen das Protestieren, was in Gaza passiert?

Der Brief selbst bezieht sich hingegen hauptsächlich auf das allgemeine Recht der Studierenden, protestieren zu dürfen. Dass meine Kollegen jetzt fürchten, dass ihnen Fördermittel entzogen werden, weil sie einen offenen Brief unterschrieben haben, ist eigentlich nur noch verrückt. Hochschulautonomie und Wissenschaftsfreiheit sind sehr wichtige Konzepte in unserem Rechtsstaat und in der Demokratie. [...]

Feroz: In Anbetracht dessen, dass es im öffentlichen Diskurs seit dem 7. Oktober in Deutschland, aber auch beispielsweise in Österreich zur Ausladung zahlreicher palästinensischer wie auch jüdischer Stimmen gab, die sich der israelischen Regierung gegenüber kritisch äußerten: Glauben Sie, dass wir die falschen Lehren aus der Geschichte ziehen?

Barenboim: Ich habe mal eine fünf Seiten lange Liste von abgesagten Events in Deutschland gesehen zwischen Oktober und Dezember. Eine bedenkliche Länge, wie ich finde. Darunter waren zahlreiche arabische wie auch jüdische Namen zu lesen. Es ist natürlich auch ein Skandal, dass so viele arabische Stimmen eingeladen wurden, aber vor allem im Zusammenhang des Vorwands der Antisemitismusbekämpfung habe ich da große Zweifel, ob dies wirklich diesem Kampf dient.

Wir müssen realen Antisemitismus natürlich bekämpfen, aber die Gleichsetzung von Kritik gegenüber dem Vorgehen Israels mit Judenhass muss unbedingt aufgebrochen werden. Wenn jemand die Besetzung in Israel-Palästina kritisiert und auch noch belegt, weshalb sie gewaltsam und illegal ist, dann ist das kein Antisemitismus. Dieses Vorgehen ist auch diskriminierend, weil man jüdischem Leben die Meinungsvielfalt verwehrt, die man anderen Gruppen zugesteht. [...]

Quelle: Overton-Magazin (28.6.2024)

lich vertretbar macht. Hätte Deutschland das, was es dem jüdischen Volk angetan hat, verinnerlicht, würde »Nie wieder« bedeuten: »Nie wieder Völkermord«.

Auf die Frage, ob sie die aktuellen Debatten in Deutschland über die Grenzen der Meinungsfreiheit mit Blick auf Israel-Palästina verfolgt, antwortet Albanese:

„Durchaus, ja. Es scheint in Deutschland eine Art Paranoia zu geben, was kritische Auseinandersetzung betrifft mit dem, was Israel tut. Viele Jüdinnen und Juden auf der ganzen Welt sprechen sich dagegen aus, was in ihrem Namen geschieht. Aber Deutschland bringt selbst Israelis und jüdische Menschen zum Schweigen, die sich öffentlich gegen Israels Politik positionieren. Anstatt Israel mit den gleichen Maßstäben zu messen wie andere Länder, lässt man die Regierung ungestraft weiter machen.“⁽³⁾

„Palästina ist der Lackmустest für die bürgerlichen Freiheiten“ ist der Titel eines sehr lesenswerten Interviews in der Jungen Welt mit Nadija Samour, einer Anwältin, die die Jüdische Stimme berät. Im Kontext der zunehmenden Repression gegen Palästina-Demonstrationen und Polizeigewalt erinnert sie an die Coronazeit, als viele Demonstrationen verboten waren und gegen Demonstranten unverhältnismäßige Gewalt ausgeübt wurde. Samour betont, dass mit den Corona-Maßnahmen der Grundstein für die Einschränkungen der Grundrechte gelegt wurde, die jetzt insbesondere bei den Palästina-Demonstrationen angewendet werden.⁽⁴⁾

Es muss allerdings daran erinnert werden, dass die Diffamierungen und Hetze gegen Veranstaltungen über Palästina/Israel nicht neu sind. Bereits 2017 hat die Autorin zusammen mit Günter Rath eine Broschüre *„Meinungsfreiheit bedroht? Die Gefährdung der Meinungsfreiheit in Deutschland“* durch die Kampagnen der sogenannten „Freunde Israels“ veröffentlicht, in der 71 Veranstaltungen in den Jahren 2012 bis 2017 aufgelistet sind, die behindert, verschoben oder abgesagt werden mussten.⁽⁵⁾

Doppelmoral nicht nur bei Gazakrieg

Die derzeitige deutsche Politik ist höchst besorgniserregend und gefähr-

lich. Warum unterstützt die Ampelkoalition zwei rechte Regierungen, die israelische und die ukrainische mit allen Mitteln und Waffen, obwohl sie sich der Beihilfe zum Völkermord schuldig macht, und in der Ukraine zur Fortführung des nicht gewinnbaren Krieges beiträgt?

Und sehen diejenigen, die noch immer auf der Seite der israelischen rechtsextremen Regierung stehen, nicht deren Gefährlichkeit, auch für die jüdische Bevölkerung?

Am Rande der Demonstration, die am 13.4. in Berlin statt des Kongresses stattfand, gab es auch eine kleine Gruppe mit Israel-Fahnen. Dabei waren einige Frauen, die sich mit einem Schild als „Oma gegen rechts“ auswiesen. Ist ihnen klar, mit wem sie da gemeinsam stehen?

Warum merkt die Mehrheit der Deutschen nicht, dass die Rechtsentwicklung nicht nur von der AfD ausgeht, sondern auch von der jetzigen Regierung? Die Ampelkoalition gibt Milliarden für Aufrüstung und Vernichtungswaffen aus, will alles „kriegstüchtig“ machen und kürzt dafür bei den Sozialausgaben. Angeblich ist kein Geld da für Krankenhäuser, Pflegeheime, Schulen, Universitäten, für die Sanierung der Infrastruktur, für die Kindersicherung, für arme Rentner und Rentnerinnen.

Geht die Regierung so gewalttätig gegen Protestierende vor, weil sie andere einschüchtern will und sie vom Protest auf der Straße abhalten will? Ist das das Ziel, wenn protestierenden Studierenden mit der Exmatrikulation gedroht wird und wenn Nicht-Bio-Deutschen mit Entzug der Aufenthaltsgenehmigungen oder sogar mit Passentzug gedroht wird, falls sie sich „unbotmäßig“ verhalten oder Slogans rufen, die als „antisemitisch“ oder „islamistisch“ diffamiert werden?

Vertreibung in der Westbank

Im Schatten des Gaza Krieges spitzt sich auch die Situation in der Westbank immer mehr zu. Seit dem 7. Oktober attackieren militante Siedler flankiert, oft unterstützt von israelischen Soldaten, die palästinensische Bevölkerung. In mindestens 20 Gemeinden gibt es keine Palästinenser mehr. In den ersten drei Monaten die-

ses Jahres wurden Tausende Hektar Land als staatseigenes israelisches Eigentum ausgewiesen, das den Weg für den Bau neuer Siedlungen freimacht, die der rechtsextreme Finanzminister Smotrich bereits angekündigt. Noch nie wurde so viel Land im Westjordanland zum Staatseigentum erklärt, so Haaretz am 11. April. 2024; man könnte auch sagen, das ist der größte Raub von palästinensischem Land seit Jahrzehnten.⁽⁸⁾

Tausende Palästinenser wurden verhaftet, fast 500 wurden ermordet, an den Folterungen, die sie in den israelischen Militärgefängnissen erlitten, starben mindestens ein Dutzend Menschen.

Angesichts dieser zweiten Nakba⁽⁹⁾, deren Zeugen wir aktuell sind, haben am 7. April 2024 600 Bundesbeamten einen Aufruf lanciert, in dem sie die Bundesregierung auffordern, die Waffenlieferungen an Israel umgehend einzustellen. Aus Angst vor beruflichen Nachteilen bleiben sie anonym. Ein leitender Angestellter spricht von einem „Klima der Angst“ innerhalb der Behörden und Ministerien, wie er es „in 15 Jahren noch nie erlebt“ habe. Israel begehe in Gaza „Verbrechen, die in klarem Widerspruch zum Völkerrecht und damit zum Grundgesetz stehen, an das wir als Bundesbeamte und Angestellte des öffentlichen Dienstes gebunden sind“.

Zu den Unterzeichnern sollen Beamte aus verschiedenen Ministerien gehören, darunter viele Menschen mit internationalen Biografien und Auslandserfahrung. Vor allem Diplomaten machen sich Sorgen, dass Deutschlands Ruf in der Welt und seine internationalen Beziehungen nachhaltigen Schaden nehmen könnten.⁽¹⁰⁾

Fazit: solange die USA und Deutschland Israel weiterhin unterstützen, wird es keinen Frieden geben. Das wurde nach der Bewilligung des 26 Milliarden US-Dollar-Pakets von den USA sehr deutlich. Kurz darauf wurde Rafah bombardiert, 18 Kinder und vier Erwachsene kamen dabei ums Leben.⁽¹²⁾ Man könnte denken, dass die Botschaft an die Israelis lautete: macht ruhig weiter, wir unterstützen euch auch weiterhin. Eine moralische und politische Bankrotterklärung.

Fußnoten siehe Online-Fassung

Rechtsentwicklung und „Kampf gegen rechts“

von Mona Aranea – Friedensbündnis NRW

Redaktionelle Zusammenstellung aus Folien eines Workshop-Vortrages vom 20.6.24. Dieser fand statt im Friedenscamp der Initiative „Stopp Air Base Ramstein“ im Rahmen der jährlichen Aktionswoche.



Relevanz der Kategorien „rechts“ und „links“

Die Kategorien dienen der Einordnung von Politik nach den jeweils von ihr bedienten ökonomischen Klasseninteressen.

Rechts: „wirtschafts- und sozialpolitisch kapitalistischen Interessen verpflichtet, innenpolitisch für Law & Order, kulturell konservativ und außenpolitisch strikt transatlantisch mit Affinität zum Militärischen“ (Wahl et al 2023)

-> traditionell: CDU

Links: „den Lohnabhängigen verpflichtet, innenpolitisch liberal und Demokratisierung in allen gesellschaftli-

chen Bereichen einfordernd, kulturell progressiv und außenpolitisch für Entspannung, Abrüstung, internationale Solidarität sowie Distanz zum Militärischen“

-> traditionell: SPD („Arbeiter schießen nicht auf Arbeiter“)

Die zentrale Frage zur Beurteilung von Politik nach diesen Kategorien ist: Wem nützt die jeweilige Politik? Die besitzenden oder die nichtbesitzenden Klassen

Neue Klassenlagen im Spätkapitalismus (bzw. Neo-Feudalismus): globales Großkapital vs. Standortabhängige Produzenten, Mittelstand und Arbeiter.

Rechtsentwicklung in Deutschland: von oben

Stichworte hierzu sind:

- > Abbau von Grundrechten
 - > Einschränkung der Meinungsfreiheit
 - > Steuerentlastungen für (Super)reiche und cum-ex Skandal
 - > Aufrüstung verdreifacht
 - > Kriegsvorbereitung (Arbeiter vs. Arbeiter)
 - > Deindustrialisierung (Angriff auf Mittelstand)
 - > Klimapolitik (Hausbesitzer und Mieter als Verlierer)
 - > Transatlantische Nibelungen-treue
- Das globale Großkapitals sagt DANKE

-> Neutralisierung linker Gegenkräfte mittels Identitätspolitik:

Während die traditionelle Linke die Unterprivilegierten (...) vertreten hat, steht die linksliberale [Lifestyle-] Linke auf der Seite der Gewinner der sozialen Veränderungen der letzten Jahrzehnte. Die Verlierer haben damit ihre authentische politische Stimme verloren und wenden sich entweder ganz von der Politik ab oder nach rechts. (Streeck 2021)

„Kampf gegen Rechts“ – ein „linker Kampf“?

Die AfD-Verbotsforderung hat nichts mit dem Schutz „der Demokratie“ zu tun. Es

gibt in der NATO keine Berührungspunkte gegenüber Neonazis und Ultranationalisten, wenn man diese benutzen kann. Die AfD ist für die herrschenden Kräfte jedoch ein unsicherer Kandidat. Ihre Entwicklung erscheint ihnen nicht vollkommen beherrschbar. Die AfD formuliert sehr geschickt die Wünsche von Teilen ihrer Basis, in Frieden mit Russland und China zu leben. Besonders die Russlandpolitik macht aus der AfD aber für die NATO einen Risikofaktor.

Eine Verbotsdiskussion ermöglicht nicht nur, Wähler von der AfD abzuschrecken. Sie setzt die AfD-Führung auch unabhängig vom juristischen und politischen Erfolg unter Druck, sich an die Regeln des Mainstreams zu halten: Es hat insbesondere keine Verständigung mit Russland zu geben! Dieser Druck wird es der CDU gleichzeitig leichter machen, bei Bedarf mit der AfD zu koalieren. Die AfD-Führung wird sich dann unzuverlässiger Schmuttelkinder entledigen. So lauten die Regeln. (Martin Leo 2024)

Fazit

Notwendig ist ein „Kampf für Frieden“ statt „Kampf gegen Rechts“. Dieses erfordert:

- > Liberale Demokratie und offenen Diskurs leben
- > Einschränkungen der Versammlungsfreiheit ablehnen (Parteitage sind erlaubt!)
- > Cum-ex Skandal skandalisieren
- > Mittelstand, Standort und fairen Wettbewerb verteidigen
- > Multilateralismus statt NATO
- > Abrüsten statt Aufrüsten
- > Wehrkraftersetzung statt Kriegstüchtigkeit

-> Der Krieg ist der Eliten Brot. Der Menschheit bringt er Not und Tod.

-> NATO-Kritik und Abrüstung als Kern von „Stopp Ramstein“ bei Demos bedeutet: Keine rechte Lagersymbolik aber Platz für rechte „Abweichter“ lassen, die Frieden wollen.

Kampf für Menschenrechte als Jahrhundertaufgabe

Erkämpft das Menschenrecht! - Für Frieden, Antifaschismus, Internationalismus und Kultur

Hrsg.: Sevim Dagdelen, Annette Groth, Norman Paech, PapyRossa-Verlag, € 16, 163 Seiten, 1. Auflage Mai 2024



Coverbild: Mohammed Al-Hawajri

»Frei und gleich an Würde und Rechten geboren«, deklarierten die Vereinten Nationen 1948 in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte. Wiewohl diese für »alle Menschen« gelten soll, ist sie, verabschiedet von der UN-Generalversammlung, rechtlich nicht bindend. So bleibt bis heute, um soziale Rechte wie auch um die Frage von Krieg und Frieden zu ringen – oder: das Menschenrecht muss noch immer und stets aufs Neue »erkämpft« werden. Seit 1945 bedeutet die Berufung auf die UN-Charta, das »Nie wieder!« als Vermächtnis aus der Befreiung vom deutschen Faschismus zu erstreiten. Ein Vorsatz, dem auch die Beiträge dieses Buches folgen. Ob mit Bezug auf die italienische Resistenza, auf das Erbe anticolonialer Befreiung oder auf das Los Kubas; ob auf der Spur danach, wie sich gestern und heute in Kulturschätzen die Idee einer Welt ohne Krieg spiegelt; ob in der Sorge, wie die UNO zuungunsten der NATO zu stärken ist; ob gedrängt von den Signalen des Globalen Südens oder auf der Suche nach Konturen einer tragfähigen Friedenslösung für die Ukraine oder in Nahost: Geleitet ist der Band von der Idee, das Menschen- und Völkerrecht möge international »zum Durchbruch dringen«.
(Klappentext)

Norman Paech ist der profilierteste juristische Experte im Völkerrecht. Anlässlich seines 85. Geburtstages fand deshalb in Hamburg ein Symposium statt, das seine Lebensleistung beleuchtete und durch weitere Beiträge ergänzt wurde. Eine daraus erfolgte Zusammenstellung liegt jetzt als Sammelband vor. Die insgesamt 11 Beiträge der Autorinnen und Autoren decken ein breites thematisches Spektrum ab, was aber aufgrund des großen Wirkungsspektrums von Norman Paech auch notwendig ist.

Am Anfang seiner beruflichen Laufbahn stand eine Tätigkeit im Bundesministerium für wirtschaftliche Entwicklung. Interessant ist eine Auftragsarbeit, die er 1969 für den damaligen Minister Erhard Eppler schrieb. Eppler wollte eine Argumentationshilfe gegen die (bereits damals!) verbreitete Kritik der „Dritte Welt-Gruppen“ haben.

Norman Paech schreibt zu diesem Textabdruck in seinem Vorwort: *„Auch mein Versuch, am Ende einen konstruktiven Bogen zur aktuellen Entwicklungspolitik des Hauses zu finden, mochte weder ihn noch mich zu überzeugen. Insofern ein zeit- und ortsgebundenes Dokument, welches zu einer kritischen Betrachtung der heutigen Entwicklungshilfe anregen mag.“*

Der zweite Beitrag von Norman Paech *„Über den mühseligen Weg der internationalen Justiz aus dem Zirkel der Machtpolitik“* berücksichtigt zwar noch nicht die aktuelle Debatte um die Rolle des Internationalen Strafgerichtshofs (IStGH), ist aber notwendig für eine Einordnung. Bekanntlich wurde der IStGH bisher einseitig instrumentalisiert. So heißt es auch im vorliegenden Manuskript noch, es sei *„mehr als zweifelhaft“*, dass ein Strafbefehl gegen *„westliche mögliche Kriegsverbrecher wie Netanjahu“* erlassen werden könne. Das zeigt, welche umwälzenden Entwicklungen derzeit im Gange sind.

Einen weiteren wichtigen Beitrag zum Völkerrecht hat Norman Paech mit Karten Nowrot einem jüngeren Kollegen überlassen, der sich mit den Möglichkeiten einer Friedensregelung im Ukraine-Konflikt auseinandersetzt.

Nirit Sommerfeld kommentiert die auf der *documenta fifteen* skandalisierten neun Fotografien aus der Bilderreihe *Guernica-Gaza*, des palästinensischen Künstlers Mohammed Al-Hawajri. Diese wurden 2022 von Norman Paech aufgekauft, als Anerkennung gegenüber dem Künstler und als Chance, diese einem breiteren Publikum zugänglich zu machen.

Um Kultur geht es auch in dem Beitrag von Luc Jochimsen: *„Die Ohnmacht der Kunst gegen die Gewalt des Krieges – Oder Wie kommen wir zu einer Kultur des Friedens“*. Sie spannt dabei einen großen historischen Bogen von der Antike zur Gegenwart.

Weitere Beiträge runden den Sammelband ab: Sevim Dagdelen behandelt in sieben Thesen kompakt die Facetten der NATO, als Militärpakt der Mythen und des Krieges.

Daniela Dahn schreibt zum Ukraine-Krieg: *„Im Krieg verlieren auch die Sieger“*. Passend zum bereits zitierten historischen Text von Norman Paech ist der Beitrag von Annette Groth darüber, wie echte Entwicklungszusammenarbeit aussehen müsste. (*„Solidarität ist die Zärtlichkeit der Völker“*).

Susanna Böhme-Kuby behandelt in ihrem Beitrag ein hierzulande völlig unterbelichtetes Thema: *Von Resistenza zum Anti-Antifaschismus in Italien*.

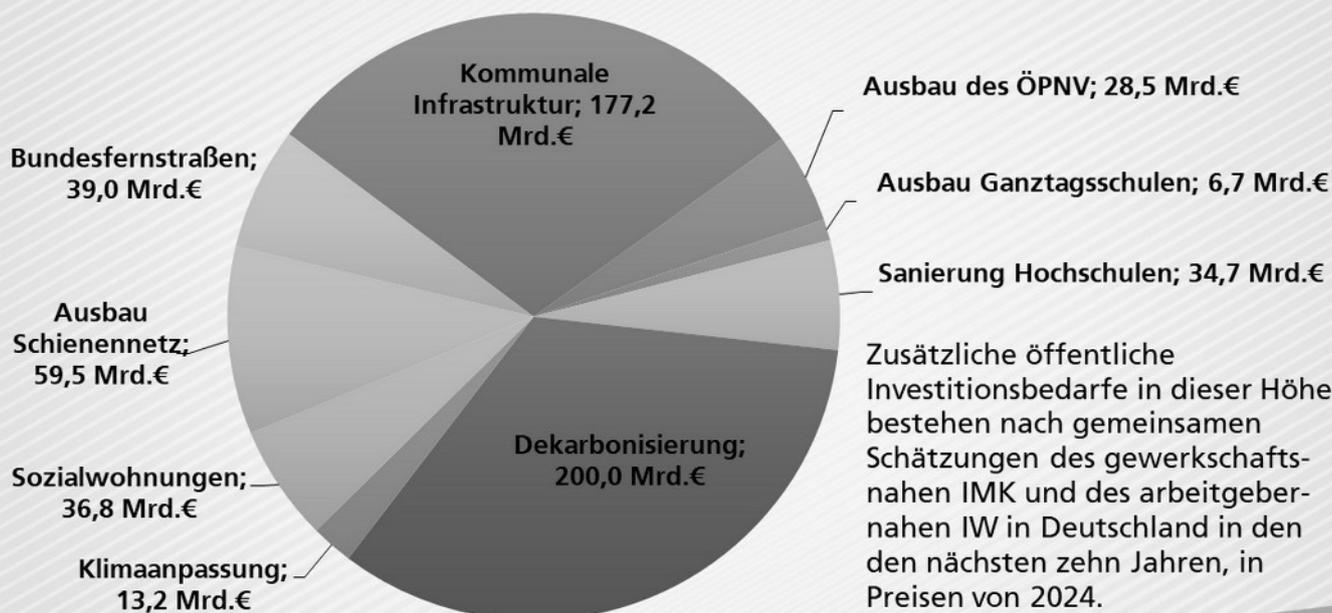
Es ist dem Verlag zu danken, dass er diese Zusammenstellung jetzt veröffentlicht hat, womit unabhängig von aktuellen Entwicklungen die Kernelemente von friedenspolitischem Engagement auch für Menschen dargestellt werden, die bisher mit der Friedensbewegung wenig Berührungspunkte gehabt haben.

Karl-Heinz Peil

Militarisierung oder Sozialstaat?

von Ralf Krämer

Öffentliche Investitionsbedarfe von 600 Mrd. Euro



ver.di INFO GRAFIK www.wipo.verdi.de | Quelle: IMK Policy Brief Nr. 168 · Mai 2024

ver.di

Ein Kernproblem ist weiterhin und für die nächsten Jahre, dass die bisherigen und geplanten staatlichen Ausgaben bei weitem nicht ausreichen, um die aufgestauten Investitionsbedarfe und die Investitionen und weiteren Ausgaben für die Erhaltung der Infrastruktur, des Sozialstaats und eine sozial-ökologische Gestaltung der Transformation zu CO₂-Vermeidung zu finanzieren.

IMK und IW nennen gemeinsam einen Investitionsbedarf von 600 Mrd. € in den nächsten 10 Jahren, 60 Mrd. im Jahr. Da sind die notwendigen zusätzlichen personal- und anderen Betriebskosten noch nicht enthalten und auch weitere Subventionierungen der Industrie (Strompreise, Umbau auf Wasserstoff usw.) sind nicht enthalten.

Ab 2028 müssen zudem die Corona-Schulden und ab 2031 die Kredite des Bundeswehronfonds und des Wirtschaftsstabilisierungsfonds getilgt werden. Dieses Geld muss aus dem Bundeshaushalt aufgebracht werden und verringert die Spielräume für andere Ausgaben.

Politische Probleme, Aufgaben der Friedensbewegung

Politische Kräfte gegen Militarisierung schwach: Friedensbewegung; BSW, Linke?, unzureichende Einheit der Friedensbewegung

AfD zieht Antikriegskräfte an, ist aber pro Aufrüstung, Militarisierung und Sozialabbau – das muss stärker deutlich gemacht werden!

Breiter Konsens in Regierung und Union für Aufrüstung und Ukrainehilfen, Streit v.a. um Schuldenbremse und Sozialpolitik und Steuerpolitik

Gewerkschaften blenden Militärausgaben völlig aus, IGM ist sogar teils für Aufrüstung, gewerkschaftliche Beschlusslagen werden ignoriert:

<https://gewerkschaften-gegen-aufruestung.de/> unterstützen!

Sozialverbände blenden Militärausgaben ebenfalls aus

Umweltverbände und Ökologiebewegung blenden Militärproblem aus

Friedenskräfte müssen den Gegensatz „Militär oder Sozialstaat“ stärker in den Organisationen, Parteien, Öffentlichkeiten und Aktivitäten zum Thema machen, in denen sie sich bewegen oder Mitglied sind!

Hingehen mit Material, Transparenten usw. zu Aktionen und Demonstrationen! Bundesweite Demo am 03.10.2024!

Die grafische Übersicht und der Text sind entnommen aus den Vortragsfolien von **Ralf Krämer** im Rahmen des Webinars vom 18.6.2024: *Militarisierung gegen Soziales: Wer bezahlt die Militarisierung Deutschlands?*

Die Materialien sind abrufbar unter <https://nie-wieder-krieg.de> und <https://friedensratschlag.de>

Ebenfalls abrufbar ist dort das Manuskript zum Beitrag von **Lühr Henken**: „Das deutsche Aufrüstungsprogramm.“

Bleiernes Deutschland

Seite 3 bis 5

Quelle mit Verlinkungen:

<https://www.telepolis.de/features/Bleiernes-Deutschland-Warum-politische-Illusionen-unser-Hauptproblem-sind-9746957.html>

„Innere Zeitenwende“

Seite 6 und 7

Der Beitrag für die Berliner Zeitung (Bezahlschranke) ist auch in voller Länge abgedruckt auf:

<https://gewerkschaftliche-linke-berlin.de/innere-zeitenwende-die-afd-braucht-keine-nazis-der-liberale-deutsche-hilft-schon-genug/>

Wissenschaft im Weltkriegsformat

Seite 8 und 9

<https://www.german-foreign-policy.com/news/detail/9595>
(Bezahlschranke)

Quellenverweise:

[1] Klare Konsequenzen für den russischen Angriff. stark-watzinger.de 25.02.2022.

[2] BMBF friert Kooperation mit Russland und Belarus ein. bmbf.de 30.03.2022.

[3], [4] Russische Föderation und Belarus. bmbf.de.

[5] Kudzai Mashininga: Agreement boosts academic mobility across BRICS borders. universityworldnews.com 31.08.2023.

[6] Russia, Saudi Arabia agree to develop cooperation across various fields. tass.com 07.12.2023.

[7] Wagdy Sawahel: Africa-Russia HE cooperation plan reflects geopolitical tussles. universityworldnews.com 10.08.2023.

[8] Barbara Gillmann: „Man darf nicht naiv sein“ – Forschungsministerin rät Hochschulen zu radikalem Schritt gegen China. handelsblatt.com 16.06.2024.

[9], [10] Bettina Stark-Watzinger: Unsere Forschung vor China schützen. Frankfurter Allgemeine Zeitung 21.08.2024.

[11] Statement von Lehrenden an Berliner Universitäten. Berlin, Mai 2024.

[12] Heike Schmoll: Ein versuchter Befreiungsschlag. Frankfurter Allgemeine Zeitung 18.06.2024.

[13] John Goetz, Manuel Biallas: Als Reaktion auf Kritik: Bildungsministerium wollte Fördermittel streichen. daserste.ndr.de 11.06.2024.

[14] Heike Schmoll: Ein versuchter Befreiungsschlag. Frankfurter Allgemeine Zeitung 18.06.2024.

Damit die Panzer rollen

Seite 9

<https://www.german-foreign-policy.com/news/detail/9599>

Schlachtfeld für „kognitive Kriegsführung“ der Nato

Seite 10 und 11

Quelle mit Verlinkungen:

<https://norberthaering.de/propaganda-zensur/rapid-response-cognitive-warfare/>

Weltpolitische Fakten gegen Fake News

Seite 12 und 13

Quelle: <https://dert.online/inland/208960-weltpolitische-fakten-gegen-fake-news/>

Hinweis: Wegen der offiziell vorhandenen Internetsperren ist RT DE nur über zusätzlich angelegte Spiegelseiten erreichbar. Deren Zugriff ist evtl. zeitlich begrenzt und abhängig von Internet-Providern. Das heißt: Die o.g. Quelle ist evtl. nicht (mehr) erreichbar.

Köstlich: Das grüne Gestotter zu Assange

Seite 13

Quelle: <https://www.nachdenkseiten.de/?p=117274>

Palästina-Journal

Seite 14 und 15

Quelle: https://dpg-netz.de/wp-content/uploads/PalaestinaJournal/Palaestina-Journal_Ausgabe-21-2024.pdf

Interview mit Michael Barenboim

Seite 15

Quelle: <https://overton-magazin.de/dialog/michael-barenboim-bei-palaestina-gibt-es-immer-eine-ausnahme-wenn-es-um-meinungsfreiheit-und-menschenrechte-geht/>

Deutsche Staatsraison

Seite 16 und 17

Quelle und Fußnoten der ungekürzten Fassung (4.5.2024): <https://www.manova.news/artikel/doppelzungige-staatsraison>

Militarisierung oder Sozialstaat

Seite 20

Die Materialien sind abrufbar unter <https://nie-wieder-krieg.de> und <https://friedensratschlag.de>

Direkte Links:

https://archiv.frieden-und-zukunft.de/userfiles/pdf/2024/2024-06-18_Kraemer_Militarisierung-oder-Sozialstaat_Notizen.pdf

https://archiv.frieden-und-zukunft.de/userfiles/pdf/2024/2024-06-18_Henken-Deutsches-Aufruestungsprogramm.pdf